

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1 1/2 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum.
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 4. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Gutsbesitzer Haues zu Kernerhof im Kreise Kempen den Rotten Adler-Orden vierter Klasse, dem Kaufmann Liebig zu Breslau und dem Rentner van Haaren zu Kleve den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; ferner dem praktischen Arzt Dr. Feiler, zu Berlin, den Charakter als Sanitäts-Rath; und dem Steuer-Einnehmer Solpe zu Otterndorf den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Frederikshavn, 4. Dez., Abends. Der Schoner „Delphin“ aus Wismar liegt in der Nähe von Saby ohne Mast und Deck als vollständiges Wrack. Die Mannschaft ist verloren, eben so die Ladung, welche in Weizen bestand.

Wien, 3. Dezember, Nachts. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde über die vom Herrenhause an dem Grundgesetze vorgenommenen Änderungen verhandelt. Reichskanzler Frhr. v. Beust gab im Namen der Regierung mehrere Erklärungen ab in Betreff des Verhaltens der Regierung bei den Beratungen im Herrenhause und appellirte an die Nothwendigkeit des Entgegenkommens zwischen beiden Häusern des Reichstages. In der Abstimmung wurden die Änderungen des Herrenhauses bezüglich der Medizinal-Gesetzgebung, des Heimath-rechtes und des Unterrichtswesens verworfen, und die Angelegenheiten betreffend die Einrichtung der Grundbücher den Landtagen überwiesen. Ferner wurde die Bestimmung, daß dem Kaiser bei entstehendem Zweifel über die Kompetenz zwischen dem Reichsrathe und einem Landtage, die Entscheidung zustehen sollte, abgelehnt. Alle anderen im Herrenhause vorgenommenen Änderungen wurden genehmigt.

Wien, 4. Dezember, Vormittags. Die heutige „Presse“ erzählt, daß neben den Versuchen Frankreichs und Italiens, ein Programm für die Konferenz aufzufinden, auch Freiherr v. Beust einen Vorschlag zu machen beabsichtige, welcher jedoch weder ein eigentliches Programm enthalten, noch leitende Gesichtspunkte in einer solchen Weise aufstellen würde, daß sich die Vermählung durch dieselben in ihren Beratungen für gebunden erachten könnte.

Pesth, 4. Dezember, Nachm. Deputirtenkammer. Auf eine Interpellation Perczels betreffs der Errichtung einer nationalen Anstalt erklärte der Ministerpräsident Graf Andrássy, die Ministerien der beiden Reichshälften wären übereingekommen, den beiden legislativen Versammlungen, wenn auch nicht noch im gegenwärtigen Jahre, so doch jedenfalls im Laufe der gegenwärtigen Session einen Wehrgeheimthum vorzulegen. Das Haus nahm diese Erklärung mit lauten Claqueur auf. Hierauf wurde §. 1. des Duogengesetzes mit großer Majorität angenommen.

Dresden, 4. Dezember. Eine Wiener Korrespondenz des „Dresdner Journals“ bestätigt die bereits anderweitig gemeldete Nachricht, daß die Konferenz nur eine konsultative Kompetenz haben solle, es würden jedoch gewisse Prinzipien als Ausgangspunkte hingestellt werden. Zur Formulierung dieser Prinzipien seien Frankreich und Oesterreich neuerdings in Verhandlung getreten.

Leipzig, 4. Dezember, Morgens. In einer gestern stattgehabten Versammlung, welche von Mitgliedern der liberalen Parteien und der Arbeitervereine besucht war, wurde die Resolution gefaßt, das neue Wahlgesetz als den berechtigten Forderungen des Volks nicht entsprechend zu erklären und die Herstellung einer Volksvertretung auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zu fordern.

Hamburg, 4. Dezember, Mittags. Die „Hamburger-Börse“ publizirt eine Depesche aus New-York vom 3. d. M., über die Botschaft des Präsidenten. Es heißt in derselben:

Die Erwartung, daß die Gesetzgebung des Kongresses die Verfassung wieder herstellen würde, sei vereitelt. Die Union bestehe nicht mehr so, wie die Verfassung sie verstanden. Offenlich werde man endlich von allen Seiten einer Ausgleichung zustimmen, welche mit den Interessen des Landes und mit der Verfassung übereinstimmen. Der Präsident verlangt in dringender Weise die Abschaffung des Gesetzes, durch welches die Südstaaten unter Militärherrschaft gestellt wurden; andernfalls werde dieses Gesetz durch seinen Fortbestand nur die Steuern vermehren und endlich einen Staatsbankrott hervorrufen. Ein stehendes Heer und eine Summe von mehr als 200 Millionen Dollars jährlich würde erforderlich, um im Süden die Gewalt über die Neger aufrecht zu erhalten. — Die Rückkehr zur Leistung der Zahlungen in klingender Münze sei eine klar vorgezeichnete Pflicht der Regierung, sobald dies mit gefunden staatswirtschaftlichen Prinzipien verträglich erscheine; eine Verminderung des Papiergeldes sei keine notwendige Folge jener Nothlage, jedoch müsse die Ausgabe des Papiergeldes auf gesunder Basis hergestellt werden. Das bezüglich der Staatsschuld gegebene Wort der Nation sei gewissenhaft zu halten. — Die Einnahmen des letzten Jahres betrugen 490, die Ausgaben 346 Millionen. Der Voranschlag der Einnahmen pro 1868 beläuft sich auf 417, der Ausgaben auf 393 Millionen. Das Kriegsministerium veranschlagt seine Ausgaben auf 77 Millionen.

In Betreff der auswärtigen Beziehungen bemerkt die Botschaft, daß keine Frage ernstlicher Natur das Verhältnis der Union zu den übrigen Mächten berühre. Die Forderungen betreffend die „Alabama“ seien allerdings noch nicht befriedigt. Der Präsident habe es für notwendig gehalten, die Unterwerfung unter ein Schiedsgericht ablehnen zu müssen, weil dieser Vorschlag von Vorbehalten begleitet war, welche sich mit den Interessen und Rechten des Landes nicht vertrügen. Uebrigens sei nicht zu fürchten, daß England beharrlich die Forderungen der Union zurückweisen werde, da dieselben das Prinzip der Nicht-Intervention involviren, welches jetzt ebenso wichtig für Amerika wie für andere Staaten sei. Der Abschluß des Vertrages mit Dänemark betreffend die Abtretung der Inseln St. Jean und St. Thomas wird bestätigt. Der Präsident rath dem Kongreß zu erklären, daß diejenigen Fremden, welche in den Unionsstaaten naturalisirt wären, von ihren früheren Unterthanspflichten hiermit entbunden seien.

Ueber den Bericht des Schatzsekretärs Mac-Culloch wird Folgendes gemeldet: Derselbe veranschlagt die Einnahmen für die mit Juni d. J. endende neunmonatliche Finanzperiode auf 296 Millionen, die Ausgaben auf 295 Millionen; es werden ferner die Gesamteinnahmen für das Finanzjahr, welches von Anfang Juli 1868 bis Ende Juni 1869 läuft, auf 381, die Ausgaben auf 372 Millionen beziffert. Die Staatsschuld hat sich seit November 1866 um

mehr als 59 Millionen vermindert. Der Schatzsekretär empfiehlt die Verringerung des Papiergeldes sowie die Rückzahlung des Kapitals der Bonds in Gold; derselbe spricht sich ferner für den Fortbestand der Nationalbanken aus. Es wird sodann die Konversion der Gesamtstaatschuld in sechsprozentige Bonds mit zwanzigjähriger Verfallzeit empfohlen. Der Bericht schlägt außerdem der Regierung vor, ein Sechstheil der Zinsen zurückzuhalten, um es nach Verhältnis unter die verschiedenen Staaten zu verteilen; dagegen soll die Besteuerung der Bonds den einzelnen Staaten nicht mehr gestattet sein.

London, 4. Dezember, Morgens. Auch die letzte fällige Kontinental-Post ist nicht eingetroffen, so daß jetzt im Ganzen 5 Posten vom Kontinent fehlen.

Aus Plymouth wird gemeldet, daß der Westindien-Dampfer signalisirt sein soll.

London, 4. Dezember, Morgens. In der Alabama-Angelegenheit sind zwischen Seward und Stanley neuerdings wieder Depeschen gewechselt worden, die jedoch zur Lösung der Frage nicht wesentlich beitragen dürften.

Gerüchtsweise verlautet, daß General Sherman zum Oberbefehlshaber der Armee designirt sei und Grant das Kriegsministerium behalten werde. Die Garnison in Washington ist verstärkt worden. Jefferson Davis ist in Richmond eingetroffen.

Nach Berichten aus Mexiko befindet sich die Regierung in großer Geldverlegenheit, da der Staatsschatz vollständig erschöpft ist. Suarez hat die Haft der in Gefangenschaft gerathenen Kaiserlichen abgelehnt.

London, 4. Dezember, Vormittags. Oberhaus. Der Herzog von Buckingham erklärte in Erwiderung einer Interpellation, daß der Vertrag betreffend die Spielbank in Helgoland erst im Jahre 1871 ablaufe und eine gänzliche Beseitigung dieses Uebels somit zur Zeit unmöglich sei. Das Befinden Disraelis hat sich gebessert.

Laut einer Meldung der „Times“ haben die Häuser Otto Hoz & Comp. sowie John Baynes in Blackburn ihre Zahlungen suspendirt.

Aus Plymouth wird gemeldet, daß der westindische Dampfer „Tamar“ mit einer Baarfracht von 68,000 Dollars eingetroffen ist. An Bord waren 24 Erkrankungen am gelben Fieber, darunter 7 Todesfälle, vorgekommen. Derselbe hat am 14. v. M. das Kohlen-depot in St. Thomas verlassen.

Aus New-York vom 19. v. M. wird gemeldet, daß die Stadt St. Domingo durch das neuliche Erdbeben fast ganz zerstört ist; an 200 Menschen sind umgekommen; fast alle Schiffe sind gestrandet.

Paris, 3. Dezember. Durch den in vergangener Nacht wüthenden Sturm ist das große Gewächshaus der Ausstellung zertrümmert worden. Der dadurch verursachte Schaden ist sehr bedeutend; mehrere unersehbliche Exemplare seltener Pflanzen, welche aus Deutschland eingekauft waren, darunter die Agaven aus Erfurt, sind vernichtet worden.

Paris, 3. Dezember, Abends. Fortsetzung der Interpellationsdebatte. Im Verlaufe seiner Rede sucht Jules Simon die von dem Vorredner für die Nothwendigkeit zur Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes angeführten Argumente zu widerlegen und führte seinerseits aus, daß der Papst sich der Nothwendigkeit fügen müsse, die weltliche Macht von der geistlichen zu trennen. Der Papst müsse das Wort Cavour zur Wahrheit werden sehen, welches „die freie Kirche im freien Staat“ als das zu erstrebende Ziel der italienischen Politik hinstellte. Die Sitzung dauert fort. Jules Simon hat noch das Wort.

Paris, 3. Dez. Abends. Gesetzgebender Körper. Schluß der heutigen Sitzung. Nach Jules Simon nahm Latour das Wort, um der Regierung für die Expedition nach Rom seinen tiefsten Dank auszusprechen. Redner knüpfte hieran das Eruchen, die Regierung möge stets die weltliche Macht des Papstes aufrecht erhalten. Der folgende Redner war Guéroult, welcher hervorhob, daß, so lange Frankreich in Rom sei, es sich stets unter dem beherrschenden Einflusse der römischen Ideen befinden werde. Die römische Frage sei der Vereinigungspunkt für alle diejenigen, welche mit Bedauern der Vergangenheit gedächten. Wollte man nur den Papst sich allein beschützen lassen, so würde er sicherlich noch vor dem Ablauf von 14 Tagen eine Vereinbarung mit Italien getroffen haben. Guéroult schloß mit der Erklärung, daß er einer der entschiedensten Feinde der Regierung werden würde, wenn er die Hoffnung aufgeben müsse, die Regierung in liberalem Sinne umgeformt zu sehen. Nachdem hierauf Benoist wegen einiger von dem Vorredner gebrauchter Ausdrücke protestirt hatte, wurde die Sitzung verlagert.

Paris, 4. Dezember, Abends. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers ergriff Marquis Moustier das Wort, um auf die Interpellation Jules Favres zu antworten. Der Minister gab eine Darstellung der französischen Politik und wies den gegen dieselbe erhobenen Vorwurf der Unbeständigkeit zurück. Die Politik Frankreichs sei sich, im Gegentheil, stets gleich geblieben. Die Oesterreicher aus Italien zu entfernen, die Unabhängigkeit Italiens zu sichern und die Versöhnung des neuen Italiens mit dem Papstthum in einer solchen Weise herbeizuführen, daß die Sicherheit der päpstlichen Staaten gewährleistet wird: das seien die mit einander im innigsten Einklange stehenden Endziele, welche Frankreich verfolgt habe und noch verfolge. Das zweite Ziel zu erreichen, wäre der Zweck der Septemberkonvention gewesen. Frankreich habe diese Konvention loyal ausgeführt. Es sei unrichtig, wenn man behauptet, Frankreich habe durch die Bildung der Legion von Antibes die Septemberkonvention verlegt. Die erwähnte Thatfache habe mit derselben in Uebereinstimmung gestanden, und sei als solche von der italienischen Regierung acceptirt worden. Ebenso wenig habe Italien die Veröffentlichung des päpstlichen „Syllabus“ als eine Verletzung der Konvention aufgefaßt. Die italienische Regierung sei sich jeder Zeit wohl bewußt gewesen, daß Frankreich die

volle und loyale Ausführung der Konvention fordere. Auch habe dieselbe ihren festen Entschluß zu einer solchen Ausführung ausgesprochen. Frankreich habe kein Mißtrauen gegen diese Erklärung gehegt. Erst als die Konvention offenbar verletzt worden, habe die Regierung des Kaisers den Entschluß gefaßt, selbst einzutreten, um die Ausführung der eingegangenen Verbindlichkeiten sicher zu stellen.

Amsterdam, 3. Dezember, Nachmittags. Ein königl. Kabinetsschreiben erklärt in Beantwortung des Rapports der Minister vom 26. vor. Mts., daß der König nicht eher über die Frage der Demission des Ministeriums einen Entschluß fassen werde, als bis die Kammern die Berathung des Kreditgesetzes beendigt haben.

Brüssel, 3. Dezember, Abends. Der „Moniteur“ veröffentlicht eine königliche Verordnung, wonach in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. Juni 1867 die Regierung ermächtigt wird, eine Anleihe von 60 Millionen abzuschließen.

Vor der Hand werden 38,540,000 Franken zur Subscription aufgelegt, und wird dieselbe am 9. Dezember eröffnet.

Bern, 4. Dezember, Nachmitt. Die Antwort des Bundesrathes auf die Einladung zur Konferenz erklärt die Bereitwilligkeit der Schweiz, an der Konferenz Theil zu nehmen, sofern dieselbe einen europäischen Charakter haben werde. Die neutrale Stellung der Schweiz würde ihre Theilnahme an einer nur von einigen Mächten besetzten Konferenz verhindern. Von einem im Voraus festgestellten Programme könne der Bundesrath zwar absehen, es werde aber dann die nothwendige Folge einer freien Konferenz sein, daß auch die Berathung frei und ihr Schlussergebnis für die Interessenten nicht verbindlich sein müsse. Keinesfalls könne übrigens der Bundesrath bei einem Pakte mitwirken, der mit dem politischen Systeme der Schweiz im Widerspruch stehen sollte.

Florenz, 4. Dezember, Vormittags. „Opinione“ spricht sich dahin aus, daß das Resultat der Präsidentenwahl in der Deputirtenkammer vom Ministerium nicht als eine Kabinettsfrage angesehen werden könne.

Rom, 3. Dezember. Kardinal Boschi ist gestorben. Die französischen Truppen haben ihre Konzentration nach Civitavecchia und Umgebung bewerkstelligt.

Madrid, 3. Dezember. Die Berufung der Cortes steht nahe bevor, man glaubt, daß dieselben voraussichtlich den 23. d. M. zusammentreten werden.

Kopenhagen, 3. Dezember, Abends. Heute strandete bei Skagen die Ruff „Koline“, Kapitain Kracht, von Anklam nach Leith unterwegs. Das Schiff hatte Gerste geladen. Die Mannschaft ist gerettet.

Bei Saby strandete die Schoonerfuff „Ceves“, Kapitain Remmers, mit Flachs beladen, auf der Fahrt von Königsberg nach Oranienburg. Die Mannschaft wurde ebenfalls gerettet.

Belgrad, 3. Dezember. Der erst vor Kurzem ernannte Ministerpräsident Ristic ist bereits wieder amovirt und an seine Stelle Milan Petronievics berufen worden. Dem Journal „Biddovan“ zufolge wird dieser Personenwechsel keine Aenderung in der serbischen Politik nach sich ziehen. Derselbe werde wie früher national und den Interessen des Landes entsprechend bleiben.

New-York, 3. Dezember, Nachmittags. Glaubhaft wird versichert, Suarez werde dem Gouvernement gestatten, den amerikanischen Kriegsbedarf durch Mexiko nach Arizona zu transportiren. Mr. Seward hatte sich, wie es heißt, für die Manchester-Genier beim Kabinet von St. James verwandt.

Wien, 5. Dezbr. Es heißt, die Publikation des Cisleithanischen Ministeriums erfolge unmittelbar nach Erledigung der Verfassungsfrage.

Wien, 5. Dezember. Der Erzbischof ist gestorben. — Luxemburg hat die Einladung zur Konferenz ohne Vorbehalt angenommen.

Paris, 4. Dezember. In der Legislative erklärte Marquis de Moustier: Frankreich wird, wenn die Konferenz die Sicherheit des Papstes genügend herbeigeführt, seine Truppen zurückziehen. Scheitert die Konferenz, so wird Frankreich das Papstthum noch einmal Italien anvertrauen, wenn Italien feste Bürgschaften giebt. Thiers greift die Regierung heftig an; die Ausöhnung zwischen Italien und Rom sei unmöglich. Frankreich habe gegen Italien nur Rechte, gegen Rom nur Pflichten.

Thiers schließt seine Rede: Frankreich kompromittirte seine eigensten Interessen, als es ein italienisch-preussisches Bündniß zugab, und stellte seine Loyalität bloß, als es die Kleinstaaten Viktor Emanuel opferte. Eines darf es nicht opfern: Seine an der Beschöpfung des Papstthums haftende Ehre.

Eine neue Bewegung

geht durch die auf politische Aenderung sinnenden polnischen Geister, eine Bewegung wieder, wie seit drei Jahrzehenden regelmäßig von Außen herein getragen; die Emigration erwartet den nahen Ausbruch eines europäischen Konflikts, und beifert sich, Stellung darin zu nehmen. Aber welche? Das kann kein Sterblicher heute sagen. Polen kämpften in den Reihen der Päpstlichen und der Garibaldianer, für die Türkei und gegen sie, für den König von Italien und für Oesterreich. Ein Theil kämpft für ein Princip, der andere fürs tägliche Brod. Die demnächstige politische Konstellation denkt man sich in den Kreisen der Emigration so, daß Oesterreich mit Frankreich auf einer, Rußland und Preußen auf der andern Seite stehen werden. Die Diplomatie der Emigranten ist thätig genug, das Volk auf eine aus dieser Konstellation hervorgehende Verwickelung vorzubereiten. Das geschäftige Hin- und Herreisen polnischer Magnaten zwischen Paris und Wien ist der Beobachtung nicht entgangen.

Es sollte sich daraus schließen lassen, daß die polnischen National-Interessen sich eng mit der österreichischen Monarchie verbinden müßten. Aber diese Kombination hat einen Stoß erhalten durch Hrn. v. Beust, der plötzlich Front macht gegen die nationalen Forderungen der galizischen Abgeordneten.

Schon fing man an, ihm zu mißtrauen, und entsandte eine Deputation an ihn, um ihn zu sondiren. Aber der Kämmler gab auf keine der ihm vorgelegten Fragen eine bestimmte Antwort, sondern hörte die Deputirten entweder schweigend an oder wies auf die Schwierigkeiten hin, die ihren Forderungen entgegenstünden. Am meisten überraschte er, sagt die „Gaz. narod.“, die Deputation dadurch, daß er selbst auf die früher schon als zugestanden angenommene Forderung eines Nationalpolen als Ministers für die galizischen Angelegenheiten sich zurückhaltend äußerte und nicht die geringste Hoffnung durchblicken ließ.

Er sprach nur von den Bedenken dagegen und wies darauf hin, daß bei Ernennung eines Ministers für Galizien auch sofort die anderen Länder mit der gleichen Forderung auftreten würden. Angesichts dieser Erklärungen ist die Lage der polnischen Abgeordneten äußerst schwierig und nach Wiener Blättern ist ihr Verbleiben im Reichsrathe zweifelhafter als je. Die polnischen Blätter in Lemberg und Krakau fordern die Abgeordneten zu energischem Vorgehen auf. „Die Stunden der Täuschung“, ruft die „Gaz. narod.“ aus, sind vorüber. Wir sehen klar, aber es ist noch nicht so spät, sie Herrn von Beust und der deutschen Mehrheit heimzuzahlen, die Ehre zu retten und das Land gegen das centralistische Garn zu schützen, das man ihm umwerfen möchte. Wenn unsere Abgeordneten nicht den letzten Moment noch nutzen und sich aus der Schlinge befreien, in die sie gegangen, befreien durch einen energischen Entschluß, dann werden sie als einzige Entschuldigung die haben, daß sie getäuscht worden.

Unter diesen Umständen ist es denn doch sicher unmöglich, neue Zukunftspläne mit irgend einer soliden Grundlage zu machen, und es scheint uns, daß alle Mühe, welche man sich gegenwärtig giebt, sich von dem zu erwartenden Konflikt nicht überraschen zu lassen, wiederum fruchtlos sein wird.

Auf die Deutsche Politik kann Polen nicht seine Hoffnungen setzen. Selbst wenn er vom besten Willen für Galizien befeuert wäre, darf er einmal die deutschen Interessen nicht kompromittiren, sodann aber auch dem Mißtrauen Rußlands nicht weitere Nahrung geben. Sein Reorganisationswerk beruht auf der Fortdauer des Friedens nach Außen und der Erhaltung des deutschen Ueberge- wichts im Innern, womit die Centralisation, wenn auch nicht in den Grenzen des Schmerling'schen Programms, von selbst gegeben ist. Wie demnach die polnische Agitationspartei für ihre Interessen aus einem Konflikt, der sie zwischen Rußland und Oesterreich — zwischen einen erbitterten Feind und einen zweifelhaften Freund — stellen würde, etwas erwarten kann, ist uns absolut unverständlich.

Deutschland.

Preußen. Δ Berlin, 4. Dezbr. Die „Provinzial-Corr.“ bestätigt meine gestrige Mittheilung, daß der Justizminister zur Lippe um seine Entlassung nachgesucht, aber dieselbe zur Zeit noch nicht erhalten habe. Es läßt sich jedoch annehmen, daß das halbamtliche Organ der Angelegenheit keine Erwähnung gethan haben würde, wenn nicht mit Sicherheit die Genehmigung des Gesuches zu erwarten stände. Unter den verschiedenen Namen, welche von der Presse bereits für die Nachfolge im Amte genannt werden, hat der Le onhardt's die größte Wahrscheinlichkeit für sich, und es wird in unterrichteten Kreisen die Ernennung dieses Herrn, des gegenwärtigen Präsidenten des Oberappellationsgerichts, zum Justiz-Minister bereits als definitiv beschlossen angesehen. Seine Bedeutung als Jurist ist allgemein anerkannt, und unter Fachmännern hat er den Ruf als eine hervorragende Kapazität und Autorität auf juridischem Gebiete. Daß die Wahl des Königs auf einen Mann aus den neuen Provinzen gefallen, beweist, wie sehr derselbe bemüht ist, jeden Unterschied zwischen den alten und neuen Landestheilen fallen zu lassen und den letzteren Beweise seines Vertrauens zu geben. Was die Vergangenheit des neuen Justizministers betrifft, so ist bekannt, daß derselbe in gleicher Eigenschaft dem letzten Ministerium König Georgs angehörte, welches am 10. Oktober 1865 berufen worden war. Er hatte sich durch seine gründlichen juristischen Kenntnisse, durch Fleiß und Eifer die Anerkennung seines Vorgesetzten Windthorst, in dessen Ressort er als Referent arbeitete, zu erwerben gewußt. Den Anfang seiner Karriere hatte er als Auditor beim hauptstädtischen Stadtgericht zu Hannover gemacht, später wurde er Advokat, in welcher Stellung er durch seinen Kommentar zum „Kriminalgesetzbuch“ und durch seine Redaktion der „Annalen“ des Advokatenvereins die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zog und in Folge dessen als Referent ins Justizministerium berufen wurde. Als solcher hatte er wesentlichen Antheil an der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe über Straf- und Civilprozeß, die er größtentheils als Regierungskommissar in den Kammern zu vertreten hatte. Der in Hannover tagenden Kommission zur Entwerfung einer deutschen Civilprozeßordnung gehörte Leonhardt gleichfalls als thätiges Mitglied an.

Von dem Finanzministerium ist eine Denkschrift, betreffend die Einführung der altländischen direkten Steuern in den neuen Provinzen ausgearbeitet worden, welche auch dem Landtage zur Kenntniß mitgetheilt worden ist. Die allgemeinen Gesichtspunkte, welche für den Erlaß der betreffenden Verordnungen wegen Einführung der bezeichneten Steuern in den verschiedenen neuen Landestheilen maßgebend gewesen sind, ergeben sich aus einer Immediatvorstellung des Staatsministeriums an den König, welche der Denkschrift beigelegt ist. Es geht daraus hervor, daß die Aenderung der direkten Besteuerung in den neuen Provinzen weder in Beziehung auf die Höhe der Belastung noch in Bezug auf die Grundzüge und Formen, unter welchen die Belastung eintreten soll, irgend welchen Bedenken unterliegen habe. Es trete im Vergleich zu der altpreussischen Besteuerung für die neuen Landestheile im Allgemeinen die Abweichung hervor, daß in der Mehrzahl der neuen Provinzen der Grundbesitz zum Theil im höchsten Grade verschieden betroffen, doch im Ganzen höher, theilweise erheblich höher als in den alten Provinzen belastet war, wogegen die wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung zu den persönlichen Steuern, von welchen die Grundbesitzer zum Theil ganz frei, verhältnismäßig zu gering veranlagt waren. Der Gesamtbetrag der direkten Steuern ist durch die Einführung der altländischen Besteuerung nirgends in erheb-

licher Weise erhöht, in einzelnen Distrikten sogar ermäßigt worden. Das so lange gehegte Vorurtheil, daß die direkten Steuern in Preußen durchgängig erheblich höher seien, als in den übrigen deutschen Staaten, hat durch die Einführung des preussischen Steuer-Systems in der Mehrzahl der neu erworbenen Gebiete seine thatsächliche Widerlegung gefunden.

— Se. Majestät der König hat dem Vernehmen nach den Vorsitz im Bundesrathe des Zollvereins und die Leitung der Geschäfte desselben dem Grafen v. Bismarck übertragen.

— Seit dem Beginn des Budgetstreites war die Direktion des literarischen Bureau's im Staatsministerium, deren Dotation zu den vom Abgeordnetenhaus beanstandeten Etats-Positionen gehörte, erledigt geblieben. Jetzt, nach dem Wegfall des parlamentarischen Einspruchs, ist, wie man hört, der Posten wieder besetzt worden, und zwar durch Ernennung des Dr. Küttge, welcher an dieser Stelle schon seit längerer Zeit als interimistischer Vorstand thätig war, zum wirklichen Direktor des literarischen Bureau's. Die oberste Leitung der ministeriellen Presse liegt bekanntlich in der Hand des Geh. Regierungs-Raths Hahn. (Sp. 3.)

— Nach einer Bekanntmachung des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, und Chefs der preussischen Bank Grafen von Zdenitz vom 2. d. M. wird auf die für das Jahr 1867 festzusetzende Dividende der preussischen Bankantheilsscheine vom 10. dieses Monats ab die zweite halbjährige Zahlung von Zwei und Ein Viertel Prozent oder 2 1/2 Thlr. 15 Sgr. Courant.

für den Dividendenschein Nr. 42. bei der Haupt-Bankkassette zu Berlin und bei den Provinzial-Bank-Kommissionen so wie bei den Bank-Kommissionen erfolgen. Berlin, den 2. Dezember 1867.

— Unter der Ueberschrift „Vertrauen“ schreibt die „Provinzial-Korrespondenz“:

Die neue Landtags-Session ist von der Regierung des Königs und von allen wahren Patrioten mit der Zuversicht begrüßt worden, daß mit derselben eine Zeit erneuten freudigen Zusammenwirkens zwischen Regierung und Landesvertretung, eine Zeit segensreichen Schaffens für das Landeswohl beginnen werde.

Als Grundlage einer solchen Wirksamkeit galt das gegenseitige Vertrauen, welches man durch die erhebenden Ereignisse der jüngst verfloffenen Zeit wieder aufgerichtet und befestigt erkannte.

Die Herzen des Volkes waren der Regierung nach den ruhmreichen Erfolgen derselben mit voller Hingebung entgegengekommen und die Landesvertretung folgte dieser Stimmung durch Beilegung langjähriger Zwiespalt und durch unumwundene Billigung der befolgten Politik; die Regierung des Königs aber befandete durch ihr Verhalten, daß es ihren Absichten fern gelegen, die Rechte und das Ansehen der Volksvertretung zu beeinträchtigen, daß sie vielmehr auf die Gemeinschaft mit derselben den höchsten Werth lege.

Das waren die hoffnungsvollen Anzeichen, unter welchen die vorige Session schloß und deren weitere Erfüllung von der jetzigen Session erwartet wurde — das war sodann auch die Stimmung, unter welcher die Wahlen im größten Theile des Landes vollzogen wurden.

Die Hoffnungen des Königs und des Landes können aber nur dann in Erfüllung gehen, wenn jener Grundton des Vertrauens von allen Seiten gewahrt und festgehalten und die Wiederaufrichtung der alten Mißstände mit sorgfältiger Gewissenhaftigkeit vermieden wird.

Eine der traurigsten Folgen des früheren Zwiespalt zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus war ja eben das tiefe Mißtrauen und die Verbitterung gewesen, welche sich schließlich gegen alle Absichten und Wünsche der Regierung zeigten und in allen Maßregeln derselben Anlaß zum Argwohn und zu neuen Anklagen fanden. In einer Zeit, wo es dahin gekommen war, daß die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses in einer Adresse an den König erklärte: das Haus habe kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium, es müsse jede Mitwirkung zur Politik der Regierung ablehnen, die bestehende Klüftung könne nur durch einen Wechsel der Personen und durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden, — da war es nicht mehr zu vernünftigen, daß jeder neue Schritt der Regierung mit Gedanken des Mißtrauens aufgenommen wurde.

Diese Stimmung aber sollte eben durch die Versöhnung des vorigen Jahres abgehan sein, damit es wieder zu einem freudigen Zusammenwirken kommen könnte. Der Geist, in welchem die Regierung auf der Höhe ihrer Siege und Erfolge die Indemnität erbat, der Geist, in welchem das Abgeordnetenhaus dieselbe ertheilte, der „warme“ patriotische Zug, welcher damals durch alle Verhandlungen ging, sollte nach der ausgesprochenen Zuversicht der Regierung, zu einem wahren, dauerhaften und fruchtbringenden Frieden führen.

Diesen wärmeren und belebenden Hauch beiderseitigen Vertrauens wirksam zu erhalten und nicht wieder den kalten erdödtenden Zug des Mißtrauens aufkommen zu lassen, darauf muß jetzt das Streben beider Theile gerichtet sein.

Die Volksvertretung darf in jeder Beziehung von der Zuversicht ausgehen, daß die Regierung auf das Zusammenwirken der höchsten Werth legt, daß sie bei keinem ihrer Schritte, bei keiner Art des Verfahrens etwa den Hintergedanken hat, die Rechte des Landtages zu schmälern oder zu umgehen. Es kann freilich nicht fehlen, daß mehr oder minder erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Angemessenheit gethater Schritte, über die Nützlichkeit des eingeschlagenen Weges eintreten, daß unter der Fülle von wichtigen Entscheidungen, welche im Laufe des letzten Jahres seitens der Regierung getroffen werden mußten, einzelne sein mögen, über deren Zweckmäßigkeit oder Dringlichkeit die Urtheile weit auseinandergehen. Es liegt der Regierung fern zu verlangen, daß der Landtag jeder Zeit ihrer Ansicht zustimme, wohl aber darf sie erwarten, daß man bei obwaltender Meinungsverschiedenheit nur eben die Nützlichkeit ihrer Auffassungen, nicht die Redlichkeit ihrer Absichten bezweifle und angreife. Die Thaten und Erfolge der Regierung für das Wohl und den Aufschwung des Vaterlandes, welchen selbst frühere Gegner nachträglich Anerkennung zu zollen genöthigt waren, geben ihr einen wohlgegründeten Anspruch darauf, daß man auch ihre weiteren Absichten und Schritte nicht leichtsin von bloßen politischen Parteipositionen verurtheile, vielmehr in allen Fragen zunächst von der Ueberzeugung ausgehe, daß sie ihre Entscheidungen nur nach redlicher und gewissenhafter Erwägung ihrer Pflichten für das öffentliche Wohl gefaßt habe.

Wenn die Verhandlungen auf dem Grunde des Vertrauens und gegenseitiger Achtung beruhen, dann wird die Verständigung über das, was dem Lande in Wahrheit frommt, in den meisten Fällen leicht erreicht werden, wogegen der Geist des Mißtrauens und der Rücksichtslosigkeit Schwierigkeiten schafft, wo solche in der Sache selbst nicht notwendig begründet sind.

Wägen darum alle ernsten und gemäßigten Männer im Landtage sich vereinigen, um den Geist des Vertrauens, welcher im vorigen Jahre die Gemüther erhob und versöhnt hat, in den Beziehungen zwischen der Regierung und der Landesvertretung dauernd in Kraft und Wirksamkeit zu erhalten.

— Es wurde schon gemeldet, daß in Breslau ein Handelsmann aus Bessarabien verhaftet worden, der unter verdächtigen Umständen eine große Menge von Perlen und Edelsteinen zum Verkauf angeboten hatte. Der Verhaftete ist inzwischen als ein gewisser Isak Ragmann aus Nowoseliza erkannt und durch Requisition des preussischen Konsuls zu Dössa der Kaufmann Weinbaum zu Kamenez in Podolien, bei welchem Ragmann bis zum 30. Oktober in Wohnung und Kondition gewesen, als Eigenthümer der Perlen und Diamanten ermittelt worden. Der Kaufmann Weinbaum, der am 28. v. M. in Breslau eingetroffen, hat die Juwelen refognoscirt, nachdem Ragmann bereits geständig, resp. überführt worden, den Diebstahl begangen zu haben.

Hannover, 3. Dezember. [Der Verfasser] der „50 Thesen zur Säkularfeier der Einführung der Union in Preußen“, Pastor Grote zu Hary im Hildesheimischen, stand am 29. November vor der Strafkammer des hiesigen Obergerichts, angeklagt, in seiner Broschüre die „unirte Kirche“ (1), bez. deren Lehrer und Einrichtungen, so dargestellt zu haben, daß er sie der Verachtung und dem Haß ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen ihn eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe. Der Vertheidiger, ein Bruder des Angeklagten, führte mit großer Schärfe und Gewandtheit aus, daß eine preussische unirte Kirche gar nicht existire: es fehle derselben ein gemeinsames Symbol, und ohne Symbol keine Kirche. Der Gerichtshof setzte das Urtheil auf 8 Tage aus. (M. A. 3.)

Stettin, 3. Dezember. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung fand die Wahl des Oberbürgermeisters statt. Der Herr Vorsteher Saunier theilte mit, daß von den auf die engere Liste gebrachten Kandidaten die Herren Oberbürgermeister Gobbin aus Brandenburg und Bürgermeister Sternberg von hier die Bewerbung zurückgezogen haben. Ferner verlas er ein Schreiben des Herrn Gobbin, worin dieser gegenüber angeblich gegen ihn von Kolberg aus gerichteten Verdächtigungen auf das ihm von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung ausgestellte Zeugniß verweist. Nachdem dann Herr Koch Herrn Bürgermeister Sternberg auf Neue vorgeschlagen, erfolgt die Abstimmung, an welcher sich 50 Stadtverordnete betheiligten (4 fehlen). Im ersten Wahlgange erhalten: Oberbürgermeister Burjcher in Elbing 29, Bürgermeister Sternberg von hier 22, Stadtrath Jelle in Berlin 4, Bürgermeister Lindemann in Essen 2, Oberbürgermeister Gobbin in Brandenburg 1, Regierungsrath Kette in Landsberg a. W. 1 St. Da die absolute Majorität nicht erreicht ist, so folgt die engere Wahl zwischen den 4 zuerst Genannten. Es erhalten die Herren Burjcher 33, Sternberg 23, Jelle 3 Stimmen. Herr Burjcher ist also auf 12 Jahre zum ersten Bürgermeister gewählt. (Stf.-Z.)

Sachsen. Δ Dresden, 3. Dez. Die sächsische erste Kammer hat sich der großen Mühe unterzogen, wieder einmal eine Sitzung zu halten und darin die Ausgaben für den Norddeutschen Bund und für das Departement des Auswärtigen ohne Debatte zu genehmigen. Die Hauptkosten dieser für das Land etwas theuren parlamentarischen Unterhaltung trug ein Kammerherr v. Erdmannsdorff, der sich angelegen feil ließ, dem Ministerium ein Loblied und dabei auch selbstverständlich von der sächsischen Treue zu singen. Bündlich fühlte er sich gedrungen, einer landläufig gewordenen Ansicht zu begegnen, als ob Sachsen besser thäte, seine diplomatischen Geschäfte durch Preußen vertreten zu lassen; dies sei finanziell falsch, wie schon der Finanzminister nachgewiesen; es sei aber auch politisch falsch, weil die Gesandten großer Staaten mehr Geschäfte hätten und daher nicht so schnell, wie die Gesandten kleinerer Staaten den Handeltreibenden zu Dienst sein könnten. Dies aber sei gerade für eine industrielle Bevölkerung wie Sachsen von besonderer Wichtigkeit.

Schmerzlich geküßelt habe es ihn, fuhr er fort, in sächsischen Zeitungen die Andeutung zu lesen: als ob die Gesandtschaften nur einem dynastischen Interesse diene. Die dies behaupteten, kannten die Verhältnisse nicht, oder wollten sie nicht kennen. „Dynastisches Interesse“ — das sei für ein nebelhaftes Schlagwort, worunter man Alles verstehe. Sollte das heißen: Sachsen verfolge Zwecke gegen den Norddeutschen Bund? Wo wisse man die Wahrheit nicht oder wolle sie nicht wissen. Es sei kein Geheimniß, in welcher Weise gerade die sächsische Dynastie mit dem Norddeutschen Bund Hand in Hand gehe. Sollte es aber heißen: Sachsen wolle innerhalb des Norddeutschen Bundes seine Selbstständigkeit wahren, dann treffe man das Rechte, und das werde auch eine gewisse Presse nicht hindern. Dafür zahle das sächsische Volk gern noch mehr, wenn es sein müßte, gleichviel, was jene Presse dazu sagt.

Man sieht, diesen Leuten ist Alles möglich. Durch eine Art von Geschwindigkeit, die keine Hegererei ist, fügen sie den Norddeutschen Bund durch den Partikularismus und den Partikularismus durch den Norddeutschen Bund. Hier ist es auch möglich: „Sachsens Militär-Vereins-Kalender“ mit hoher Protection erscheinen und darin ganz naiv einen Artikel über die neueste Uniformierung drucken zu lassen, der sogleich mit der höchst kuriosen Bemerkung beginnt: daß „Sachsen nach dem vorjährigen, für seine Waffen so glorieuren, aber für seine — hoffentlich nur für die nächste — Zukunft so verhängnisvollen Feldzuge in das Bundesverhältnis zu treten gewungen worden sei.“ Dann wird erzählt: daß ein Theil der sächsischen Infanterie auf Anordnung „der jetzigen Majestät“ das Symbol des Preußenthums, die Fiedelhaube hätte auf den Kopf stülpen müssen, daß jedoch ein anderer Theil „glücklicherweise“ dieses „unpraktischen und häßlichen“ Stiefstüdes entbehrte; daß ferner „die noch geschmolzene betropfte Artilleriepidelhaube die Köpfe unserer braven Kanoniere verunziere“, daß bei der Generalität „der schöne Treppenput“ in Wegfall gekommen sei u. s. w. — In diesem Tone geht es fort, bis es am Schluß nach Beleuchtung der Militärmaße, die „das Band zu halten gewungen worden ist“ — heißt: „Wie lange unter theures Vaterland diese Last auszuhalten wird, weiß nur Gott allein, der es durch den Jammer des siebenjährigen Kriegs und des russisch-preussischen Gouvernements durchgeführt und es wieder emporgebracht hat zu neuer Blüthe. Darum wollen wir auch dem höchsten gläubig vertrauen, denn nach finsterner Nacht kommt der schönste helle Tag u. s. w.“

Wie man durch solche Exzentrikerationen einen kameradschaftlichen und bündel des freundlichen Geistes zwischen den norddeutschen Truppen zu erzeugen und zu befördern glauben kann, sind wir doch neugierig zu erfahren. Jedenfalls möchten wir gern wohl das Gesicht sehen, das ein preussischer General wie Steinmeß zu solchen Auslassungen zu machen sich benagen finden müßte.

Wir nennen Steinmeß, weil dieser alte Haudogen sich gerade auf der Hochzeitstheife mit seiner jungen Frau hier aufhält und sich mit dieser im Theater, auf der Promenade und in Gesellschaft zeigt. Es giebt ein eigenthümliches Bild, den greisen Heltberrn der in Böden etwas Ordentliches gewettet und geküßt hat, jetzt als Galan neben seiner toigen, neunzehnjährigen Frau zu sehen, die den Eindruck vollständigsten Glückes macht.

Bayern. München, 30. Nov. Graf Chorinsky hat gegen seine vom hiesigen Untersuchungsrichter verfaßte Verhaftung Beschwerte an das königl. Bezirksgericht erhoben, es ist derselbe aber abschlägig beschieden worden. Die angebliche Baronin Wag, die bei der Vergiftung der Gräfin Chorinsky theilhaftig erachtet wurde, wie das „Wiener Tageblatt“ berichtet, herrscht am 26. November in Wien in ihrer Wohnung, Stadt, Krügerstraße Nr. 13., durch den Polizeikommissar Breitenfeld verhaftet und in den provisorischen Polizeiarrest in der Sternstraße gebracht. Sie ist keine Baroness v. Wag, sondern heißt Julie Baronin Ebergengy, ist Ehrenfräulein des abligen Brünner Damenstifts, Tochter alt, katholisch, von Szegheny bei Steinamanger in Ungarn gebürtig, Tochter eines dortigen Gutsbesizers, eines allgemein gachteten Kavalliers. Ihre Verhaftung erfolgte auf Grund eines aus München eingelangten Telegramms, welches die genaue Personbeschreibung enthielt. Als Hr. Breitenfeld die Wohnung der Baronin betrat, war diese sichtlich betroffen und vermodete vor Verlegenheit kaum die einfachsten Fragen zu beantworten. Allmählig jedoch suchte sie wieder Fassung zu gewinnen, und da sie hörte, daß ein Verhaftungsbefehl gegen sie erlassen worden, erwiderte sie scheinbar gefaßt, daß sie vollkommen unthätig sei und dem Hrn. Kommissar mit ruhigem Gewissen folgen könne. Am Vormittage des 27. wurde durch den Landesgerichtsrath W. Fischer in Begleitung des Hrn. Breitenfeld, eines Schriftführers und zweier Amtsdieners in der Wohnung der Verhafteten eine genaue Hausdurchsuchung vorgenommen und sämtliche vorgefundenen Briefe, Aufzeichnungen und sonstige Schriftstücke mit Beschlagnahme belegt. Die Ergebnisse des ersten Vorverhörs boten zwar noch keine bestimmten Anhaltspunkte zu einem positiven Verdachte, doch liegen Umstände und Anzeichen bedenklicher Natur vor, welche die Verhaftung rechtfertigen und genügende Anhaltspunkte zu einer Untersuchung bieten. — Als die Münchener Polizei die Gräfin Chorinsky-Besche entseelt auffand, ward sofort der Meuchelmord als verübt angenommen, da ganz besondere Umstände die Annahme eines Selbstmordes vollständig ausschlossen. Einen Tag vor der Ermordung der jugendlichen reizenden Frau war ihr eine luxuriöse Lebensstellung so außerordentlich in Aussicht gestellt worden, daß unmöglich ein Selbstmord als Motiv darauf erfolgen konnte. — Das Münchener Landesgericht setzte sich nach der Abreise der Ebergengy auf telegraphischen Wege sogleich mit dem Wiener Landesgerichte in Verbindung und gab solche Kennzeichen und Umstände an, das es keinem Zweifel unterliegen konnte, daß die angebliche Baronin Wag mit der Julie v. Ebergengy eine und dieselbe Person sei. Diese wohnte bis zur jüngsten Zeit in der Himmelsfortgasse unter sehr bescheidenen Verhältnissen und war vor Kurzem in das Haus Krügerstraße Nr. 13. übergesiedelt, wo sie eine, wenn auch nicht reiche, doch bei weitem kostspieligere Wohnung als früher inne hatte. Sie ist, wie schon bemerkt, Stiftdame des abligen Brünner Damenstifts, das, wie bekannt, ihre Präbenden nur an unverheirathete Wittwen verleiht. In ihren Vermögensumständen herabgekommener Adelsfamilie verleiht darf. Nachdem alle Umstände sorgfältig ermittelt waren und auch die Thatsache festgestellt erschien, daß Bräulein von Ebergengy in letzter Zeit einige Tage von Wien entfernt gewesen, wurde deren Verhaftung vorgenommen. Alle ihre Effecten, Briefschaften und andere Papiere wurden unter Amtssiegel gelegt und sie selbst noch in der Nacht im Polizeiarrest vernommen und schon am nächsten Morgen, also wenige Stunden nach ihrer Verhaftung, in Gemachsam des Landesgerichts Wien gebracht, wo auch die Verhandlung statthat.

Von anderer Seite wird folgende Schilderung über die verhaftete Julie v.

Ebergengy gemacht. Sie ist mittelgroß, mehr hager, hat fast männliche Züge mit stark ausgeprägtem ungarischen Typus, spricht deutsch mit ungarischer Mundart, und dürfte schwerlich deutsche Erziehung genossen haben. Sie gilt als herrlich, rauh, ihre Umgebung beherrschend und hat die Gewohnheit, sehr stark zu rauchen. Die „Presse“ erzählt noch, daß die Baronin Ebergengy vor ihrer Verhaftung ihrem Dienstmädchen ein Paket mit der Bitte übergab, es vorzüglich und nicht im eigenen Hause zu verwahren. Das Dienstmädchen übergab das Paket seiner Schwester, welche indes, durch verschiedene Anzeichen bemerkt, Verdacht schöpfte, und es später der Polizei überlieferte. Im Pakete soll sich eine Theemaschine befinden haben. Bekanntlich wurde die Gräfin Chorinsky-Ledebur beim Thee vergiftet aufgefunden. — Der „Münchener Volksbote“ erzählt noch einige Einzelheiten. Die angebliche „Baronin Day“ hat der Gräfin Chorinsky, der sie völlig unbekannt war, schon am Mittwoch Abend einen Besuch gemacht und sich besonders dadurch bei derselben empfohlen, daß sie ihr von verschiedenen Personen ihrer (der Chorinsky) Bekanntschaft zu sprechen gewünscht hat, also in irgend einer Weise nähere Kenntnis über dieselbe erlangt hatte, was die Gräfin Chorinsky, die sehr mittheilbar war, alsbald ihrer Hausfrau erzählt hat. Sie war sehr elegant gekleidet, und als sie am Donnerstag mit der Chorinsky einige Einkäufe machte, hat die letztere hinterher sich staunend über das viele Geld geäußert, welches die fremde Dame bei sich trage, die sehr reich sein müsse. Als dann am Abend beide zusammen beim Thee waren, nach 6 Uhr, ging die Gräfin, da sie ins Aktientheater wollten, zu der Hausfrau hinaus, um zu fragen, ob diese nicht einen Operngucker besitze und ihnen leihen könne. Wahrscheinlich ist sie dazu von der „Baronin Day“ hinaus geschickt worden, damit diese während ihrer Entfernung aus dem Zimmer ihr das tödliche Gift unbemerkt einschütten konnte. Das Gift muß ungeheuer rasch gewirkt haben. In einem Zimmer, unmittelbar an das der Gräfin anstößend und von diesem nur durch eine einfache Thür getrennt, wohnte ein Zimmerherr, der sich flüchtend zu Hause befand, aber weder einen Schrei, noch sonst die mindeste Unruhe, sondern nur so viel gehört hat, daß die Thüre des Zimmers der Gräfin (als die „Baronin“) dasselbe verließ, zugeklappt worden ist. Vermuthlich ist die Gräfin bereits todt gewesen, als die „Day“ sich fortmachte, denn die Lage der Leiche neben dem Sopha ist derart gewesen, daß die Gräfin hingelegt worden zu sein scheint. — Die Verhaftung des Oberleutnants Grafen Chorinsky erfolgte in nachstehender Weise: In Begleitung seines Vaters von Wien auf Einladung des Untersuchungsrichters hier angelangt, nahm der Gatte der Ermordeten an einer Verhandlung vor dem Untersuchungsrichter Theil. Derselbe wurde Tags darauf zu einer Besprechung auf die königliche Polizeidirektion beschiednen, der er in Begleitung seines Vaters nachkam. Hier wurde nun im Zimmer des Polizeidirektors dem Hrn. Oberleutnant Grafen Chorinsky die Entschuldig gemacht, daß er auf Antrag des Untersuchungsrichters verhaftet werden müsse, und wurde zur furchtbaren Bestärkung des Vaters die Verhaftung sofort vollzogen. Der Statthalter Graf Chorinsky kehrte allein in den Gasthof zurück, während sein Sohn ins Gefängnis geführt und an ihm die vom Geleite gebotene Entkleidung vorgenommen wurde. Graf Chorinsky benahm sich, wenn auch erregt, doch ruhig und gefaßt, und als man auf seiner Brust das Bildniß der wegen des Mordes verdächtigten Dame in einem goldenen Medaillon vorfand, gab der Graf selbst den Namen und die Wohnung der Dame an, so daß keine Anzeige die sofort anzuordnende Verhaftung der mutmaßlichen Mörderin anzuschreiben sein dürfte. Wie das Geleite vordrängte, wurde der Graf der Leiche seiner Gemahlin vorgeführt, und er soll dabei keine andere Regung bekundet haben, als solche, welche uns bei dem Anblicke hingestrichener, und einmal im Leben nahe gestandener Personen zu ergreifen pflegen.

Vom Main. 1. Dezember. Die italienische Regierung soll sich auch mit dem Vorschlage beschäftigen, daß dem Papste Jerusalem mit einem beträchtlichen Theile von Palästina unter Garantie der Großmächte eingeräumt werde. Der Grundgedanke dabei ist, daß es nur einen Ort gebe, gegen den der heil. Vater Rom vertauschen könne, ja, den er Rom vorziehen müsse: Jerusalem. Wenn die Wahl gestellt werde, ob er an den Gräbern der Apostel oder an dem Grabe des Heilandes beten wolle, so könne und dürfe er nicht schwanken. Dabei mag noch bemerkt werden, daß der König von Italien als König von Sardinien den Königstitel von Jerusalem nach alten Erbanprüchen führt, und es allerdings ein wunderbares Zusammentreffen wäre, daß er für Rom dem Papste sein Königreich Jerusalem zu Füßen legen könnte.

Oesterreich.

Wien, 30. November. Zu unseren 21 neu ernannten Pairs ist heute unerwartet als der 22. der Herzog August von Koburg-Gotha gekommen, das Haupt der in Oesterreich begüterten Linie Koburg-Kohary, deren Mitglieder der katholischen Konfession angehören, ein Vetter jenes Herzogs Ernst, der, wie er selbst sagte, vor Jahr und Tag als souveräner Fürst in das Feld auszog, um als preussischer Landrath zurückzukehren. Wie es scheint, soll seine Stimme Ersatz bieten für den möglichen Wegfall derjenigen des Grafen Chorinsky, welcher mit seiner gesamten Familie so furchtbar schwer durch die Ermordung seiner Schwiegertochter und die Verhaftung seines ältesten Sohnes getroffen worden ist. Daß der Bruder des in Untersuchungshaft befindlichen Oberleutnants, der Lieblingssohn des Grafen und ein sehr geschickter Jurist, der Staats-Anwalts-Substitut Graf Rudolf hier selbst, sofort seine Stelle niedergelegt hat, ist eine unzweifelhafte Thatfache. Daß der Vater den Kaiser um Enthebung von seinem hiesigen Stadthalterposten, sowie von seiner neuen Würde als Herrenhausmitglied ersucht hat, war heute Vormittag ein allgemein verbreitetes und geglaubtes Gerücht. Zwar wird nun die Nachricht in der „Wiener Abendpost“, von kompetentester Seite in allen ihren Theilen für unbegründet“ erklärt, allein das offiziöse Blatt fürchtet offenbar selber einen solchen Entschluß von Seiten des tief verwundeten Grafen.

Wien, 3. Dezember. Der russische Gesandte am hiesigen Hofe, Herr v. Stackelberg, hat Herrn v. Beust gegenüber erklärt, daß er der panlawistischen Agitation der rzechischen Journale, die offen für die Annexion an Rußland auftreten, fernstehe. Diese Journale haben aber einen so mächtigen Rückhalt, daß sie der Beihilfe einer einzelnen Gesandtschaft nicht bedürfen. Jetzt druckt die „Wiener Abendpost“ unverkürzt einen Artikel der „Moskauer Wiedomost“ ab, in welchem dieses Blatt von dem angeblichen Mißhandlungen, denen die österreichischen Teilnehmer am Moskauer Kongresse nach ihrer Rückkehr in die Heimath ausgesetzt gewesen seien, ein gräßliches Bild entwirft. Artikel, wie der gestern erwähnte der Prager „Nat. Listy“, in welchem von der „Raublust schmarozkerhafter Oberherrlichkeit“ die Rede ist, die auf ganzen fruchtbaren slawischen Kreisen laste, zeugen von einer Verbitterung, die des Schürens kaum noch bedarf. Die Idee, daß die Slawen Oesterreichs, gegenüber dem im vorigen Jahr zur Thatfache gewordenen Gedanken der deutschen Einheit, wie sich das rzechische Blatt ausdrückt, an Rußland, dem Träger der slawischen Idee, ihren natürlichen Rückhalt haben, ist im Laufe dieses Jahres bei den slawischen Stämmen Oesterreichs so tief gewurzelt, daß ihr jene Erklärung des Grafen Stackelberg Nichts anhaben wird. — Aus Böhmen wird jetzt gemeldet, daß im Saazer Kreise mehrere Geistliche sich auf der Rangel in so regierungsfreundlicher Weise ausgesprochen haben, daß gegen sie eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden mußte.

Rußland und Polen.

!! Petersburg, 1. Dezember. Wahrscheinlich in Folge eingegangener Beschwerden über mangelhafte Bestellung der angekommenen Briefe ist eine neue Verordnung für die Postbriefträger er-

lassen, nach welcher diese nicht nur Avisos über eingelaufene Geld- und Werthsendungen, sondern auch einfache Briefe nicht mehr wie bisher an die erste beste Person in der Behausung des Adressaten, sondern stets nur an diesen selbst oder an dessen notorischen Stellvertreter oder Bevollmächtigten ausändigen dürfen. Durch diese Verordnung wird nicht nur vielfachen Unregelmäßigkeiten und Mißgriffen, sondern auch mancherlei Unterschlagungen vorgebeugt werden. — Auch in Bezug auf die Wahrung des Briefgeheimnisses sind Verfügungen ergangen, welche die Sicherheit des korrespondierenden Publikums mehr schützen sollen.

Vom Landtage.

10. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

(Schluß.)

Es folgt der Etat der Forstverwaltung, der an Einnahmen für 1868 nachweist 13,675,000 Thlr., um 845,406 Thlr. mehr als im vorigen Jahre, an Ausgaben 6,518,300 Thlr., um 623,719 Thlr. mehr, als im vorigen Jahre, so daß ein Ueberschuß von 7,156,700 Thlr. bleibt.

Von den 9,192,676 Morgen zu Holzcutz benutzten und den 1,011,787 Morgen zu Holzcutz nicht benutzten Waldböden in der erweiterten Monarchie, welcher Staatseigenthum ist, steht in den alten Provinzen an der Spitze in der ersten Kategorie der Regierungsbezirk Potsdam mit 777,169 M., daneben die Provinz Hannover mit 895,222 M., der Regierungsbezirk Rassel mit 835,650 Morgen, Wiesbaden mit 199,435 M., Schleswig-Holstein mit 97,097 M. Von zu Holzcutz nicht benutztem Waldboden besitzen die Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen den größten Flächeninhalt: 229,237 resp. 204,792 M., während Hannover 39,597, Regierungsbezirk Rassel 23,969, Wiesbaden 5261, Schleswig-Holstein 15,249 M. beßigt.

Die Einnahmen aus den Forsten bestehen in erster Reihe aus dem verkauften Holz: 12,062,660 Thlr., (835,116 Thlr. mehr), aus der Jagd 93,870 Thlr., 18,216 Thlr. weniger, als im vorigen Jahre).

Zu diesem Etat liegen folgende Anträge vor:

I. beantragt Abg. Brande, die Regierung aufzufordern, in den Herzogthümern Schleswig-Holstein 1) kleine isolirt gelegene Forst-Moore zu veräußern, die übrigen Moorentwässerung zu lassen. Die Abfuhr des Forst durch Verbesserung der Wege, eventuell die Anlage von Pferdebahnen zu erleichtern und wegen Benutzung der Moore Wirtschaftspläne entwerfen zu lassen, so weit solche nicht bereits vorhanden sind; 2) für die Bewaldung der Heideflächen durch Anpflanzung von geeigneten Holzarten Sorge zu tragen; 3) den Verkauf isolirt gelegener Forstparzellen, deren Veräußerung die Verwaltungskosten übermäßig steigert, vornehmen zu lassen. — Motive: Bewirkung größerer Erträge der Moore, die jetzt nur 6000 Thlr. Brutto eintragen, und Verminderung der hohen Preise durch Steigerung des Angebots. Bei den Forsten betragen die Verwaltungskosten bereits gegenwärtig 50 Prozent.

Abg. v. Hoyerbed beantragt am Schluß der Nr. 3 des Brande'schen Antrages hinzuzufügen: „und die Erträge zur Tilgung der Staatsschulden zu verwenden.“

II. beantragt Abg. v. Salzhedell: die Regierung aufzufordern, daß bei Aufstellung künftiger Etats eine auslängliche Summe zum Bau und zur Unterhaltung der durch die Forsten führenden Wege und Landstraßen ausgesetzt werde. — Motive: Die ungenügende Beschaffenheit vieler Wege und Straßen in den Forsten, durch welche sowohl der Verkehr im Allgemeinen, als der Absatz der Forstprodukte behindert wird.

Der Oberlandesforstmeister v. d. Hagen gab ein Resumé der einzelnen Positionen des Etats und motivirte die auf den Durchschnittsberechnungen der letzten drei Jahre beruhenden Ansätze. Die Steigerung der Einkünfte aus den Holzungen, welche gegen das Vorjahr sehr bedeutend erscheinen müsse, wäre aus dem Umstände herzuweisen, daß im vorigen Etat gar keine Erhöhung angelegt, die jetzt sich also auf zwei Jahre vertheile.

Abg. Schmidt (Stettin) wünscht, daß für jede Staatsgruppe, so wie es hinsichtlich der Forstverwaltung geschieht, dem Hause von der Regierung ein amtliches Werk vorgelegt werde, weil die Debatten dadurch wesentlich abgekürzt würden. Wie dies bei der kurzen Zeit der Verwaltung nicht anders zu erwarten sei, lasse der Etat die Harmonie zwischen den alten und neuen Provinzen noch in mehreren Punkten vermissen. So seien z. B. die Anforderungen an die Forstbeamten außer in Nassau in allen andern neuen Landestheilen geringer als im alten Preußen. Er wünsche, daß in dem nächsten Jahre auch die lauenburgischen Forsten in den Etat aufgenommen würden, wozu es allerdings erforderlich sei, das Land selbst in den preussischen Staatsverband aufzunehmen; er sei gern bereit, die Hand dazu zu bieten. (Heiterkeit.)

Abg. Twesten: Es ist fraglich, ob die Erträge sich thatsächlich so hoch stellen werden, wie sie angelegt sind, denn bei dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre ist das Jahr 1865 mit in Rechnung gebracht, welches mit einer außerordentlich hohen Einnahme verfallen war, und deshalb im vorigen Etat unberücksichtigt blieb. Da die Regierung jedoch bei ihren Ansätzen stets alle Verhältnisse berücksichtigt hat, und auch in den neuen Provinzen jedenfalls mit derselben Sorgfalt verfahren wird, so will ich einen Ausfall nicht befürchten; doch möchte ich die Regierung ersuchen, im nächsten Jahre die Motivirung der einzelnen Ansätze etwas ausführlicher zu geben, damit das Haus in der Lage ist, auf eigene Prüfung gefaßt, sich ein Bild von dem Etat machen zu können.

Regierungs-Kommissar v. d. Hagen: Die Einnahmepositionen für die neuen Landestheile werden jedenfalls künftig genauer motivirt werden; es ist diesmal deshalb noch nicht geschehen, weil uns theilweise noch die erforderlichen Daten fehlten.

Abg. Fiehn: Während des Konfliktes hatte die Regierung beschlossen, Holzverkäufe nur in regierungsfreundlichen Blättern bekannt machen zu lassen. Das Abgeordnetenhaus verlangte im Jahre 1865 die Aufhebung dieses Beschlusses; sollte dies bisher nicht geschehen sein, so stelle ich hiermit einen dahin gehenden Antrag. Gleichzeitig beantrage ich, die Regierung zu befragen, ob sie geneigt ist, den mit dem Herzog von Koburg abgeschlossenen Vertrag wegen Abtretung des Schmalkaldischen Forstes dem Hause vorzulegen.

Finanzminister v. d. Heydt: Der Schmalkaldische Forst ist gar nicht in preussische Verwaltung übergegangen, sondern vom Könige im vorjährigen Kriege an den Herzog von Koburg als Kommandirenden einer Armee abgetreten worden.

Abg. v. Windthorst verwahrt die händversehen Forstbeamten dagegen, daß sie weniger durchgebildet wären als diejenigen der alt-preussischen Provinzen, wird aber von dem Abg. Schmidt (Stettin) auf die Bestimmungen hinsichtlich der Prüfungen hingewiesen, welche an die alt-preussischen Beamten höhere Anforderungen stellen.

Abg. v. Hoyerbed: Ich stimme den Ausführungen Twesten's bei, welche eine ausführlichere Motivirung der Positionen in den Etats der neuen Provinzen befürworten; dagegen bitte ich ihn, die Vorschläge nicht allzu niedrig bemessen zu wollen; es liegt dies durchaus nicht in unserm Interesse, weil wir sonst, obwohl die Einkünfte vorhanden sind, doch zu den nöthigsten Ausgaben die Mittel nicht bewilligen können.

Abg. v. Hennig: Es ist Thatfache, daß die Anforderungen an die händversehen Beamten geringer sind als bei uns, und daß dieselben bei der größeren Zahl erheblich weniger belastet werden. Ich bitte doch die Herren, es nicht gleich übel zu nehmen, wenn man nicht bei ihnen Alles ausgezeichnet findet.

Es folgt die Verathung der dauernden Ausgaben.

Regierungs-Kommissar v. Hagen erläutert die einzelnen Etatspositionen. Er zeigt, daß eine erhebliche Steigerung der Ausgaben angelegt sei und hält es für ein erfreuliches Zeichen, daß die erhöhten Einnahmen es gestatten, die Ausgaben da, wo es nöthig ist, zu erhöhen. Er spricht sodann die Versicherung aus, daß die Forstverwaltung bemächt sein werde, die erhöhten Mittel so fruchtbar wie möglich anzulegen. Es könne auffallen, daß in den neuen Landestheilen die Ausgaben im Verhältnis zu den Einnahmen größer seien, als in den alten Provinzen, und daß speziell die Verwaltungskosten höher wären. Das habe verschiedene Gründe. In den neuen Landestheilen habe erstlich die Staatsforstverwaltung häufig den vollständigen technischen Betrieb der Kommunalforsten mit zu befragen, die Beamten müßten deshalb vermehrt und höher besoldet werden. Ueberhaupt aber kämen natürlich im Uebergangszustande, in dem wir uns jetzt befinden, die Ausgaben höher zu stehen, als dies bei vollkommen geordneten Verhältnissen der Fall sein würde. Den Beamten, die bisher ein höheres Gehalt, als es in Preußen üblich sei, bezogen, könne man dies nicht nehmen, während die niedriger Besoldeten auf den Normalfuß gebracht werden müßten. — Dazu komme, daß in der bisherigen Verwaltung mehr Beamten überhaupt angestellt, die Forstereien kleiner waren. — Uebrigens habe sich auch in den alten Landestheilen das Bedürfnis herausgestellt, die Forstereien zu verkleinern; es sei deshalb für das nächste Jahr eine Ausgabe-Erhöhung um 10,000 Thlr. bei den Besoldungen ausgesetzt, um zunächst in

der Provinz Preußen 10 neue Oberförstereien zu begründen. — In den neuen Landestheilen werde wohl im Laufe der Zeit eine Verminderung der Beamtenzahl zulässig sein; aber man könne damit nur langsam und vorsichtig zu Werke gehen. Dagegen sei eine Verbesserung des Dienstverhältnisses der Beamten ein dringendes Bedürfnis. Es ist deshalb auch schon auf dem diesjährigen Etat eine Besoldungserhöhung von fast 75,000 Thlr. ausgeworfen. — Was nun die Reorganisation der Forstverwaltung in den neuen Landestheilen betrifft, so erscheint es rathsam, damit nur langsam und vorsichtig zu Werke zu gehen und augenblicklich durchgreifende Umwälzungen nicht vorzunehmen, um Irrungen zu vermeiden. Deshalb haben wir uns fürs Erste darauf beschränkt, in die Geschäfts- und Verkehrsverhältnisse die notwendige Einheit zu bringen. — Es ist gewiß auch die Herstellung einer Gleichmäßigkeit in den Ansprüchen wünschenswerth, die man an die Staatsbeamten der verschiedenen Provinzen macht, und man wird auch hiermit sorgfältig vorgehen; ich muß dabei jedoch bemerken, daß es mir nicht einfallen kann, ein ungünstiges Urtheil über die Leistungen der Forstbeamten in den neuen Provinzen zu fällen. — Durch die vermehrte Anzahl der Beamten ist nun auch das Bedürfnis nach einer zweiten Beurlaubung für höhere Forstbeamten dringend geworden, und im Etat ist deshalb eine Summe für die Errichtung einer solchen ausgesetzt. Als den geeignetsten Ort hierfür hält man eine in Mittel- oder Süddeutschland gelegene Stadt; und es wird sobald wie möglich mit der Errichtung einer zweiten Forstakademie vorgegangen werden.

Abg. Twesten macht auf die großen Unterschiede der Verwaltungskosten der alten und neuen Provinzen aufmerksam; in den neuen sei die Verwaltung eine außerordentlich kostspielige, namentlich in Hannover und Nassau. In Hannover habe der Morgen Forstland einen Bruttoertrag von 65 Sgr.; dagegen betragen die Verwaltungskosten 57 Proz. dieses Ertrages. In Hessen sei der Bruttoertrag 35 Sgr., die Verwaltungskosten 58 Prozent, in Nassau der Bruttoertrag 68 Sgr., die Kosten 61 Prozent. Dagegen beliefen sich z. B. im Regierungsbezirk Potsdam bei einem Bruttoertrage von 73 Sgr. pro Morgen die Verwaltungskosten nur auf 30 Prozent dieses Ertrages. Die Höhe dieser Verwaltungskosten werde sich auf die Länge nicht rechtfertigen lassen, zumal sich etwas Ähnliches auch in den übrigen Verwaltungszweigen erkennen lasse. Während z. B. in den alten Provinzen die Ausgaben der Domänen für die Domänenverwaltung nur 15 Prozent des Ertrages betragen, beliefen sich dieselben in den neuen Landestheilen auf 34 Prozent. Er stelle zwar keinen besonderen Antrag, wolle der Regierung jedoch die Sache ans Herz legen.

Abg. Born bleibt, da er der Journalistentrübne den Rücken zugehrt, vollständig unverständlich.

Abg. Braun (Wiesbaden): Die Höhe der Verwaltungskosten in Nassau erkläre sich einmal durch die Verdoppelung und Verdreifachung des allein im Interesse der Hofjagden unter dem früheren Regiment angestellten Personals, sodann durch das schlechte bürokratische System der Forstverwaltung, so daß in Folge dessen selbst die im Privatbesitz sich befindenden Forsten nicht gehörig ausgenutzt werden könnten. Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Abg. Schmidt (Stettin) beantragt Vertagung; dieselbe wird abgelehnt, und in die Specialdiskussion eingetreten.

Die beiden Anträge des Abg. Fiehn werden, letzterer, betreffend die Vorlage des Vertrages in Bezug auf den Schmalkaldener Wald, bei zweifelhafter Abstimmung mit 150 gegen 143 Stimmen angenommen.

Zu Tit. 3. Nr. 2. hat der Abg. Dr. Werenberg beantragt, die Regierung aufzufordern, die in den §§. 14—17. des Jagdpolizei-Gesetzes vom 7. März 1850 gegebenen Bestimmungen über die Jagdscheine in der Provinz Hannover, unter Aufhebung der daselbst jetzt geltenden Bestimmungen der §§. 17—22. der Jagdordnung vom 11. März 1859, im verfassungsmäßigen Wege einzuführen. Abg. Dr. Werenberg befürwortet seinen Antrag unter ziemlichlicher Unruhe des Hauses.

Minister v. Selchow: Der Antrag stehe mit der betreffenden Position des Etats nicht in Zusammenhang; die Regierung werde die einschlagende Gesetzgebung sorgsam prüfen und unzutragliche Differenzen zwischen den alten und neuen Landestheilen beseitigen.

Abg. v. Bennigsen bittet den Antragsteller gleichfalls um Zurückziehung seines Antrages an dieser Stelle, eventuell das Haus um Ablehnung desselben.

Abg. Bubenbergh desgleichen, sonst droht er trotz der Unruhe des Hauses mit einer längeren Rede. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Zu Tit. 4. Nr. 1 liegt der Antrag Brande's nebst dem Besatz v. Hoyerbed's vor.

Während der Debatte über diese Anträge wird es vollständig dunkel im Hause; der Stenographisch und das Bureau werden durch Lampen erleuchtet; auf der Journalistentrübne fann die Debatte wegen der auf derselben herrschenden Finsternis nicht mehr mit der Feder verfolgt werden. Dazu kommt die große im Hause herrschende Unruhe; jeder neu zum Worte sich meldende Redner wird mit lebhaftem Oh: Oh! begrüßt. Der Finanzminister erklärt nach der Befürwortungsrede des Abgeordneten Brande, daß er kein Wort davon verstanden habe.

Abg. Brande zieht schließlich seinen Antrag zurück.

Nachdem vorher schon mehrere Male der Antrag auf Vertagung gestellt, aber abgelehnt worden, wird derselbe jetzt vom Abg. Dr. Löwe (Calbe) wieder eingebracht.

Die Journalistentrübne erhält jetzt Licht; der Saal ist vollständig finster.

Abg. Dr. Löwe (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß eine Behandlung der Geschäfte in der Form, wie sie jetzt nach einer siebenstündigen Sitzung erfolgen kann, nicht der Würde und dem Ansehen des Hauses und den Interessen des Landes angemessen ist; ich bitte deshalb um Vertagung der Verhandlung. (Widerpruch rechts.)

Abg. v. Winde (Minden): Die Sitzung würde bedeutend abgekürzt werden, wenn nicht manche Redner im Hause in langen Reden das wiederholen würden, was sie vom Ministerisch gehört haben.

Abg. Dr. Löwe: Ich glaube nicht, daß Herr v. Winde glauben kann, durch seine Kritik über die Redner eine andere Behandlung herbeizuführen, als sie in der Natur der von Ihnen gewählten Verathung im Plenum liegt. Ich bitte nochmals, die Sitzung zu vertagen mit dem besondern Hinweis darauf, daß eine große Anzahl der Mitglieder des Hauses die Sitzung verlassen hat.

Abg. v. Winde (Minden): Ich glaube, daß ich eben so das Recht zur Kritik der Redner habe, wie der Abg. Löwe, nicht mehr und nicht weniger.

Abg. Hohden: Auch ich sehe mich genöthigt, zu konstatiren, wie wenig die Behandlungsweise der Budgetverathung, wie sie jetzt gehandhabt wird, der Würde des Hauses entspricht. Es sind freilich einzelne Wiederholungen vorgekommen, aber es sind auch sachliche und selbstständige Anträge versucht worden; denselben ist aber auch nicht die geringste Aufmerksamkeit zu Theil geworden. Es wurde Bravo gerufen, wenn Jemand fertig war, nur weil er recht kurz gesprochen, das kann wahrlich nicht ermuntern zu einer gründlichen Verathung; das ist keine Staatsverathung. Ich unterstüge den Vertagungsantrag.

Abg. v. Hoyerbed: Die Art und Weise, wie ein Abgeordneter spricht, zu rügen, ist nicht Herrn v. Winde's Sache, sondern des Präsidenten; ich unterstüge die Gründe der Abgg. Löwe und Hohden noch damit, daß es einen schlechten Schatten auf die Budgetverathung werfen muß, wenn wir in der Debatte fortfahren, während wir keine Biffen mehr lesen können.

Ein konservativer Abgeordneter, dessen Name in dem großen Geräusch nicht zu verstehen ist, behauptet, daß die Verathung eine durchaus angemessene sei, und daß es auch für praktisch halte, heute noch fortzufahren.

Für den Vertagungsantrag stimmen sämmtliche Liberale, dagegen die Konservativen nebst v. Winde (Minden). Da das Bureau über die Majorität auch nach der Gegenprobe zweifelhaft bleibt, wird in der Verathung fortgefahren.

Abg. v. Hoyerbed beantragt nun, doch wenigstens die Kronleuchter anzuzünden, damit man die Zahlen lesen könne.

(Dies geschieht unterbek.)

Es wird in der Verathung fortgefahren; ein Antrag des Abg. Salzhedell, der unverständlich bleibt, wird angenommen.

Eine längere Debatte ward hervorgerufen, bei der Position, die eine Summe für Errichtung einer zweiten Forstakademie aussetzt, indem mehrere Abgeordnete über die Zweckmäßigkeit des von der Regierung in Aussicht genommenen Ortes hierfür (Hannoversch-Münden) in Zweifel sind. Abg. Birchow schlägt Marburg vor, weil es Universitätsstadt ist.

Um schnell fertig zu werden, verzichteten mehrere Abgeordnete auf das Wort, indem sie dies ausdrücklich konstatiren.

Die Positionen werden sämmtlich bewilligt; der Antrag Brande ohne das Amendement Hoyerbed's wird angenommen.

Ein Abgeordneter von der Linken beantragt Zählung, da das Haus nicht mehr beschlußfähig sei.

Präsident v. Bordenbeck, der jetzt den Vorsitz übernimmt, erklärt dies für nicht mehr nöthig, da die Tagesordnung erschöpft sei.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung:

Fortsetzung der Budgetberatung. Die Bezeichnung der einzelnen Positionen, die daraus vorgenommen werden sollen, bleibt unverändert).

Parlamentarische Nachrichten.

— Berlin, den 4. Dezember. Im Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute die betreffende Kommission mit der Vorlage wegen Erhöhung der Kontribution und genehmigte dieselbe unverändert mit 12 gegen 1 Stimme. Die Debatte währte drei Stunden und soll zu einzelnen sehr interessanten Punkten geführt haben. Auf wiederholt geäußerten dringenden Wunsch des Vorredners Abg. v. Patow sollen die Einzelheiten über den Gang der Verhandlung geheim bleiben. Gleichwohl ist schriftliche Berichterstattung und zwar durch den Abg. Gr. Bethusy-Suc beschlossen worden. Für die Regierungsvorlage plaidierte der Finanzminister v. D. Heydt und die Geheimenräthe Wollnagel und Willnowski. — Gleichzeitig tagte die Geschäftsordnungs-Kommission wegen des Schreibens des Abg. Krüger (Hadersleben) und Altmann (Sonderburg), worin dieselben den Eid auf die Verfassung nur unter Vorbehalt leisten zu können erklärten. Den Vorfall führte der Dr. Koch, als Referent fungierte der Abg. Wagener (Frankfurt). Die Regierung war vertreten durch den Geh. Legationsrath Abeken für das auswärtige Ministerium und durch den Geh. Regierungsrath Gr. zu Eulenburg für das Ministerium des Innern. Es fanden sich in der Kommission zwei Ansichten gegenüber. Von einer Seite meinte man, das Haus habe kein Recht, irgend ein Mitglied auszuscheiden; andererseits war man der Ansicht, das Haus habe das Recht und die Pflicht, die Legitimation seiner Mitglieder zu prüfen und der Eid der Abgeordneten sei ein integrierender Theil der Legitimation. Ueber diese letztere Behauptung entstand eine längere Debatte, der Regierungs-Kommissar Gr. zu Eulenburg trat indessen der Ansicht bei und so wurde schließlich einstimmig folgender Antrag angenommen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) Die von den Abgeordneten Krüger und Altmann eingelegte Verwahrung bei Ableistung des Eides auf die Verfassung für unstatthaft zu erklären. 2) Die Abgeordneten Krüger und Altmann zur bedingungslosen Ableistung des vorschriftsmäßigen Eides auf die Verfassung vor die Schranken des Hauses laden zu lassen. 3) Im Falle ihres nicht entschuldigenden Ausbleibens oder einer Weigerung der unbedingten Eidesleistung, die Abg. Krüger und Altmann nicht für legitimiert zu erachten, einen Sitz im Hause der Abgeordneten einzunehmen und demgemäß die l. Staatsregierung aufzufordern, eine Neuwahl im ersten und zweiten schleswig-holsteinischen Wahlbezirk zu veranlassen.“

— In der Mittheilung über die Budgetkommission über die Kredit-Vorlage ist bemerkt worden, daß von den Abg. Hoffmann und Wachler gegenüber dem Antrag zu zweifeln beantragt worden sei, in der Beschlussevorlage, die nachträgliche Genehmigung der mit dem vormaligen König von Hannover und dem ehemaligen Herzog von Nassau abgeschlossenen Verträge auszusprechen. Es ist jedoch von den genannten Abgeordneten thatsächlich beantragt worden, in einem Paragraphen der Gesetzs-Vorlage die nachträgliche Genehmigung der, in den zu Verträgen zugehörigen und gezahlten Abfindungssummen auszusprechen, indem ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß die Landesvertretung nach Art. 48. der Verfassungsurkunde nur befugt sein soll, den Staat belastende Verträge, welche mit fremden Regierungen abgeschlossen seien zur Genehmigung vorgelegt zu verlangen. — Heute Abend treten die Kommissare des Hauses für den Etat des auswärtigen Amtes mit den Regierungskommissaren in Beratung. Wie man hört, ist in ziemlich umfangreicher Weise Auskunft von letzteren über die Gesandtschaften und über den Schutz der preussischen Unterthanen an der russischen Grenze erteilt worden. Morgen Vormittag treten die Gemeinde-Handels- und Petitions-Kommissionen sämtlich in Beratung um die ihnen zugewiesenen Petitionen zu genehmigen. Die Budgetkommission wird morgen die Vorlage wegen Regelung des Staats- und Kassenwesens in den neuen Provinzen beraten.

Auf die Tages-Ordnung einer der nächsten Plenar-Sitzungen wird gefest werden:

Schlußberatung über den unterm 18. Juli 1867 mit Waldeck abgeschlossenen Vertrag wegen Uebertragung der Verwaltung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont an Preußen.

Der Referent, Abg. v. Bunsen beantragt:

„das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

1) dem vorbezeichneten, mit Waldeck abgeschlossenen Verträge die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen; 2) zugleich aber der königlichen Staatsregierung gegenüber die Erwartung auszusprechen, sie werde die vollständige Vereinigung der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont mit Preußen auf Grund des Art. 2 der Verfassung bald herbeizuführen wissen.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. Dezember. Die Landtags-Abgeordneten polnischer Nationalität erwarten mit dem Abgange des Grafen Lippe aufs Bestimmteste die Aufhebung der von ihm erlassenen Verfügung betreffs der Nichtanstellung polnischer Assessoren im Gerichtsbezirk des Großherzogthums Posen; event. wird die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus angeregt werden. Die zwischen Preußen und Rußland im Jahre 1857 ohne Zustimmung der Rammern geschlossene Kartell-Konvention wird der Abg. Wegner vermuthlich zum Gegenstande einer Interpellation an die Regierung machen.

— Nach dem „Dz. pozn.“ befindet sich der bei Mentana verwundete Graf Eduard Raczyński, obgleich er 24 Stunden lang unbeachtet auf dem Kampfsplatz gelegen hat, jetzt in der Wohnung des Dr. Feliciani zu Rom, wohin ihn die Fürstin Odescalchi zu seiner Heilung bringen ließ, auf dem Wege der Besserung und außer Gefahr. Der heil. Vater erkundigt sich täglich nach dem Zustande des Verwundeten.

— Wir erwähnten schon, daß in diesem Jahre der Orchester-Verein unter Leitung des Herrn Gürlich sich des Konzerts, welches alljährlich gegen Weihnachten gegeben worden, um einen Fonds zur Bekleidung armer Kinder zu schaffen, annehmen würde. Dieses Konzert findet übermorgen im Logensaal statt, und verspricht, wie aus dem unter den Inseraten mitgetheilten Programm zu ersehen, ein recht genussreiches zu werden. Möchte es auch in demselben Maße ergiebig werden, als die Noth der Armen an Ausdehnung in diesem theuren Jahre gewonnen hat!

— Herr Neuter, der bisher unterhaltende Vorstellungen im Saale des Volkszartens gab, ist durch die Handlungsweise des Chefs der Gesellschaft in sehr Mißliche Lage versetzt worden. Es steht zu hoffen, daß der heutige Besuch seiner Abschieds-Vorstellung ihm die unverschuldet erlittenen Verluste einigermaßen ersetzen wird.

— [Industrielles.] Unsere Provinz wie unsere Stadt besitzen nur wenige solcher großen Fabriken, welche die Konkurrenz mit den westlichen Landtheilen möglich machen, und darum wird jeder Freund des Fortschritts Unternehmungen willkommen heißen, die unsere industrielle Selbstständigkeit erhöhen und die Befriedigung der Bedürfnisse an Ort und Stelle zulassen. Als ein solches Unternehmen bezeichnen wir die neue Spiritfabrik der Gebrüder Friedmann, die wir kürzlich in voller Thätigkeit kennen lernten. Es ist der Mühe werth, einen Spaziergang durch diese nach den neuesten Erfindungen eingerichtete Fabrik zu machen, und wir wollen versuchen, hier in Kürze einen Ueberblick über die gesammte Einrichtung zu geben.

Ueber eine mehrere Fuß hohe Gabelöhne zur bequemeren Expedition der ankommenden Spiritus- und abgehenden Spiritusfässer gelangen wir in die geräumige Kasse, welche auf einer in der Cegielstischen Fabrik gefertigten Eisenkonstruktion aus Schmiedeeisen gewölbt ist und auf eisernen Trägern ruht. Diese praktische Konstruktion unterscheidet sich von der gewöhnlichen Schienenkonstruktion vornehmlich dadurch, daß in jener alle Theile in Folge ihrer Verbindung gleichmäßig tragen und sich gegenseitig stützen und halten, wodurch selbstverständlich eine ganz bedeutende Tragfähigkeit erzielt worden ist. In der Kasse werden die ankommenden, mit Rohspiritus gefüllten Fässer je zwei und zwei über einen im Kellergewölbe befindlichen großen Trichter gerollt und entleert, indem der Spiritus mittelst Röhren in zwei große, zusammen 30 000 Quart enthaltende Rohspiritus-Reservoirs im Keller befördert wird. Wenn

nun zur Rektifikation geschritten werden soll, so setzt die Dampfmaschine eine Pumpe in Bewegung, die den Rohspiritus aus dem Reservoir in ein im Fabrikraume über der Blase belegenes eisernes Bassin hebt. Dieses Bassin wird vor Beginn des Betriebes geöffnet und fällt alsdann die Blase in wenigen Minuten mit Spiritus. Infolge des eindringenden Dampfes erhitzt sich die Blase und die Rektifikation des Spiritus beginnt, wobei die Spiritusdämpfe über 50 Fuß hoch durch sämtliche Rektifikations-Apparate getrieben werden und endlich in den Kühlapparat gelangen. Hier bildet sich dann der rektifizierte Spiritus, geht durch den üblichen Verschluß, an dem man die Höhe der Grade erkennt, und läuft durch Röhren weiter in die verschiedenen Spiritusreservoirs in der Kasse, wo er zum Versandt bereit liegt.

In der Fabrik sind alle Einrichtungen durchaus praktisch und basiren auf neuen erprobten Systemen. Es gilt dies namentlich von den kolossalen nach den Savalle'schen Erfindungen konstruirten Apparaten, von denen einer der wichtigsten der Dampfregulator von Savalle ist, der stets nur so viel Dampf durchläßt, als zum Betriebe des Spiritus erforderlich ist. Der Wasserbedarf der Fabrik wird mittels der Dampfmaschine aus einem Brunnen auf dem Hofe in ein 10 000 Quart fassendes Bassin im höchsten Räume der Fabrik gehoben, das von hier aus alle Theile der Fabrik mit Wasser versorgt. Die Beleuchtung des Fabrikraumes ist durch Gaslicht von Außen sehr zweckmäßig hergestellt.

Die Fabrik rektifiziert täglich über 10 000 Quart Spiritus, dessen Qualität 96 % beträgt. Daß eine solche Fabrik ein Bedürfnis in unserer Provinz war, die bisher ihren Rohspiritus größtentheils nach außerhalb zur Rektifikation schicken mußte, beweist die bedeutende Nachfrage, die seit der Eröffnung der Fabrik von allen Seiten an die Wesiger ergeht und sich täglich vermehrt.

— [Die Kunstbiener an den Wasserkwerken.] hatten nicht selten damit zu kämpfen, daß sie in ihren Funktionen von Seiten des Publikums als nicht amtlich angesehen und gehindert wurden. Es ist dies nicht zu verwundern, weil die Diener nicht uniformirt sind, noch sonst welche äußerliche Abzeichen tragen. Gegenwärtig aber ist eine Uniformirung insoweit eingetreten, als dieselben ganz gleiche Hülsen erhalten haben, die aus blauem Tuch bestehen und mit zwei fingerbreiten Silberstreifen und einer rothen Biese eingefast, sowie mit der preussischen Kokarde und den Schlüssel des Stadtappens versehen sind.

Von diesen Kunstbienern ist regelmäßig ein Mann auf der Feuerwache im Wachtlokal der städtischen Gasanstalt (Markt im Gebäude der Stadtwage, Mittelgasse), wo sich auch stets einige Wachtabende der Gasanstalt aufhalten. Diese Feuerwache, die selbstverständlich Tag und Nacht auf dem Posten ist, hat die Aufgabe, beim ersten Feuerzeichen sofort an den Ort der Gefahr zu eilen und den immer bereiteten Wasserschlauch anzulegen, und das Publikum sollte beim Ausbruch eines Feuers nicht verfehlen, sich vor Allem an diese Feuerwache, die wenigstens immer aus zwei Wachtabenden besteht, zu wenden; es wird sich dadurch manches Feuer, wie auch kürzlich geschehen, im Entstehen unterdrücken lassen.

— [Handwerkerverein.] Vor Beginn der gewerblichen Vorträge über die Pariser Ausstellung machte Herr Delschläger in der gestrigen zahlreich besuchten geselligen Versammlung des Handwerkervereins interessante Mittheilungen über Paris und seine Pariser Reise. Besonders Interesse erregte die Mittheilungen über die Berliner und Pariser Markthallen, das Berliner chemische Laboratorium, über den Kölner Dom, die Krupp'sche Fabrik in Essen, über Bauhöfen und Einrichtungen in Paris und über die gesellschaftlichen und geschäftlichen Verhältnisse in Frankreich, unter Benutzung diverser Gegenstände aus Paris. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage erledierte der Vortragsleiter, Herr Stadtbaurath Stenzel, die geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins, beantwortete eine eingehende Frage über Wasserbau und Pfahlbauten, und schloß gegen 10 Uhr die Versammlung.

— Lissa, 4. Dezember. In einem Korrespondenz-Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ aus Lissa von voriger Woche, (Nr. 278) in welchem die jüngst hier stattgefundenen Stadtverordneten-Wahlen einer Beschreibung unterzogen worden, befand sich deutlich der Hinweis, daß eine maßgebende Persönlichkeit des Vorstuhlsvereins — der Hinweis auf den Dir. desselben, Herrn Kaufm. Bach, war unverkennbar — mit allen Hülfsmitteln des Vereins die Wahlen in seinem Sinne durchsetzen wollte. Abgesehen von der in der Korrespondenz enthaltenen unwarigen Behauptung eines Bündnisses mit den Polen hat die eben erwähnte eben so dreiste, als ihrer Form und ihrem Inhalte nach verwerfliche Behauptung eine so große Enttarnung unter den Mitgliedern des Vorstuhlsvereins hervorgerufen, daß dieselben sich veranlaßt sahen, dem Direktor desselben ihre Indignation über solches Beginnen zu erkennen zu geben, indem heute der Ausschuss und viele Mitglieder des Vereins dem Direktor mit einer passenden Anfrage eine mit zahlreichen Unterschriften aus allen Berufsständen bedeckte Adresse überreichten folgenden Inhalts übergeben:

Hochgeehrter Herr! Im Hinblick auf einen Korrespondenz-Artikel aus Lissa v. 26. d. Mts. in Nr. 278 der „Süddeutschen Zeitung“ fühlen die Unterzeichneten sich gebrungen, gegenüber den darin enthaltenen ungerechtfertigten Beschuldigungen, ihrer ersten Mißbilligung lauten Ausdruck zu geben. Wenn augenfällig die Spitze der in diesem Zeitungsartikel enthaltenen Angriffe gegen Sie, hochgeehrter Herr, gerichtet ist, wenn ferner darin behauptet wird — „Sie hätten mit mehreren Partikularen, ausgerüstet mit allen Hülfsmitteln, welche Ihnen der Vorstuhlsverein und ein Bündnis mit den Anhängern der polnischen Partei gewährte“ die jüngsten Stadtverordneten-Wahlen in diesem Sinne zu leiten versucht, so protestiren die Unterzeichneten mit Entschiedenheit gegen ein solches Gebahren.

Wir empfinden es Alle tief, was Sie, hochgeehrter Herr, für Förderung der gemeinschaftlichen Zwecke gethan, wie Sie wieder Mäße noch Opfer gescheut haben, um das vorgesezte Ziel zu erreichen. Noch in der letzten General-Versammlung haben Sie ja bei Gelegenheit der Debatte über das Genossenschafts-Gesetz es unvorhohlen ausgesprochen, daß dieses Gesetz ein neutrales für Sie und uns Alle sein müßte, und daß politische Parteikämpfe dem Vorstuhls-Vereine fern bleiben müßten. Und so haben Sie es auch immer gehalten!

Die Unterzeichneten aber, Ihre Mitbürger, die hinter sich eine große Zahl Gleichgesinnter haben, erlauben sich, Ihnen, hochgeehrter Herr, die Versicherung zu geben, daß sie nicht allein durch die gegen Sie gerichteten Angriffe sich nicht beirren lassen, sondern auch die Bemerkungen der Redaktion zu dem erwähnten Artikel ganz zureichend finden.

Unvergessen, wie Sie immer in öffentlichen Angelegenheiten zum Besten derselben gewirkt haben, werden Ihre Bestrebungen von allen unparteiischen Bürgern gewürdigt und zu allen Zeiten hoch in Ehren gehalten werden!

Lissa, den 30. November 1867.

(Folgen die Unterschriften)

Herr Bach, tief ergriffen von der ihm dargebrachten Anerkennung seiner Bestrebungen und der Lauterkeit seiner Absichten, dankte der Deputation ungefähr mit folgenden Worten:

Nicht der Angriff auf seine Person sei ihm betrübend gewesen, sondern daß der Korrespondent seine hervorragenden Fähigkeiten nicht benutze, um an dem Werke gemeinsam mit ihm zu arbeiten und nicht die Art an ein Institut zu legen, das so tiefe Wurzeln geschlagen. Ein Verein, der 500 Mitglieder umfasse und in diesem Jahre mehr als 100 000 Thlr. in die Kasse des gewerblichen Lebens geleitet habe, sei von so hoher Bedeutung, daß ein Angriff auf denselben einem Vergehen wider das öffentliche Wohl gleichkomme. Die Unterzeichner der Adresse und die hunderte hinter ihnen stehenden hätten seine und des Vereins Ehre gewahrt und bestätigt, was der Redner so oft behauptet und fast täglich durchgeführt, daß das soziale Gebiet ein neutrales sei, auf welchem alle Parteien gemeinsam zum Wohle der Menschheit zu wirken hätten.

II Pleschen, 2. Dezember. [Chausseebau.] Troßdem die Kreisstände bereits auf dem 14. Mai 1854 hieselbst abgehaltenen Kreistage den Bau einer Chaussee von Neustadt a. W. nach Aions, bis zur Schrimmer Kreisgrenze beschlossen, so hat sich doch die Ausführung dieses Beschlusses so lange verzögert, daß die Uebergabe der Chaussee an die Provinz erst am 19. Juni d. J. erfolgen konnte.

Durch Kreistagsbeschluss vom 30. Juli 1856 wurde zum Bau dieser Chaussee aus der vom Kreise kontrahirten Anleihe ein Betrag von 5000 Thlr. bestimmt. Am 14. Juli 1856 bewilligte die provinzialständische Kommission eine Neubau-Prämie von 4000 Thlr. pro Meile. Mit der Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe, die Steinbahn nur 12 Fuß breit fertigen zu dürfen, bestätigte die königl. Regierung zu Posen unterm 19. September 1857 den vom Bauführer Neutranz eingereichten Kostenschlag.

Die sofortige Inangriffnahme des Baues verzögerte sich aber theils des schlechten Geldmarktes wegen, auf dem Kreiskontingenten nur zu niedrigem Kurse, oder auch gar nicht verwerthet werden konnten, theils aber auch durch die Bindung der Kreisstände vom 26. April 1862, daß die Linie Neustadt a. W.-Aions überhaupt nur dann gebaut werden soll, wenn eine Chaussee von Pleschen nach der polnischen Grenze genehmigt und vom Staate und der Provinz mit gleichen Prämien, wie die Linie Neustadt a. W.-Aions, bedacht werde.

Nach glücklicher Beseitigung dieser Zwischenfälle wurde von der kreisständ-

dischen Kommission am 12. Februar 1863 der Igl. Kreisbaumeister v. Groppe zum ausführenden Techniker und der Dominal-Kassenrendant Krähahn in Kienta zum Chausseebau-Kassen-Verwalter bestellt.

Der Bau begann im April 1863; im Mai 1864 wurde mit der Anfertigung der Steinbahn vorgegangen. Am 20. Oktober desselben Jahres wurde an der in Boguschin massiv erbauten Geheule das Chausseegeld auf 1 Meile und am 5. Februar 1865 für die ganze Strecke bis Aions, auf 1 1/2 Meile erhoben. Inzwischen war die Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 5. Februar 1864, betreffend die Bewilligung einer Staats-Prämie von 7000 Thlr. pro Meile, eingegangen.

Am 2. Dezember 1864 beschloß der Kreistag die Uebergabe der Chaussee an die Provinz und wurde dieser Beschluss am 23. Februar 1865 von der Igl. Regierung in Posen genehmigt.

Eine bei der königl. Regierung zu Posen eingegangene Denunciation, daß die Chaussee vorchriftswidrig gebaut sei, verhinderte die Ausführung dieses Beschlusses.

Nach dem Projekt des Bauführers Neutranz sollte der Anfangspunkt der Chaussee in die unmittelbare Nähe der Warthebrücke zu liegen kommen. Die ständische Kommission hielt es aber im Interesse der Stadt Neustadt a. W. und im spätern Zusammenhange mit der Chaussee von Berkow nach Neustadt a. W. für nothwendig, den Anfangspunkt näher an die Stadt zu verlegen, wodurch sich die Baulinie auf 2446 laufende Ruthen vergrößert hat.

Da diese Abänderung gegen den Anschlag und ohne vorherige Genehmigung des Ministers für Handel und Gewerbe stattgefunden hat, so ist für die Mehrzahl von 40 laufende Ruthen die Zahlung der Staatsprämie abgelehnt worden.

Im Ganzen wurden an Staatsprämien 8421 Thlr., an Provinzial-Prämien 4892 Thlr. gezahlt.

Nach der revidirten und mit den Büchern des Kreisbaumeisters v. Groppe übereinstimmenden Rechnung stellt sich die Veranschlagung, Ausführung und Ersparniß wie folgt heraus:

Für Erdarbeiten wurden 4881 Thlr. 14 Sgr. veranschlagt, dagegen aber 3160 Thlr. 11 Pf. ausgegeben; für Anfertigung der Steinbahn und des Pflasters waren 25,839 Thlr. 12 Sgr. 8 Pf. veranschlagt, ausgegeben wurden 19,544 Thlr. 29 Sgr. 8 Pf. Ueberhaupt sollte nach dem Anschläge der Bau 44,320 Thlr. kosten; es wurden aber nur 31,372 Thlr. 21 Sgr. 7 Pf. gezahlt, mithin beträgt die Ersparniß 12,947 Thlr. 8 Sgr. 5 Pf.

Der Chaussee-Neubau hat sonach gekostet 31,372 Thlr. 21 Sgr. 7 Pf. Werden davon die gezahlten Prämien im Betrage von 13,313 Thlr. in Abzug gebracht, so hat der Kreis 18,059 Thlr. 21 Sgr. 7 Pf. zugezogen.

Da die Chaussee 2446 laufende Ruthen lang ist, so haben 2000 laufende Ruthen oder 1 Meile 2446 Thlr. 7 Sgr. 11 Pf. gekostet.

Der Kreis besitzt gegenwärtig 14 1/2 Meilen Chaussee.

Bermischtes.

* Bad Emz, 1. Dezbr. Man schreibt der „Elberf. Btg.“: „Die Generalin Chamutow und Graf Borgehant, welche im Juni d. J. hier verhaftet wurden und von welchen in den öffentlichen Blättern so oft die Rede war, sind seiner Zeit aus dem Wiesbadener Gefängniß nach Petersburg transportirt und, wie nach hier geflossene Nachrichten melden, zu 20 Jahren Deportation nach Sibirien verurtheilt worden.“

* Newyork. [Wie die Amerikanerinnen küssen.] Ein englisches Blatt bringt aus der Feder eines scharfen Beobachters und sachverständigen Kritikers eine Beschreibung der Art und Weise, wie sich die jungen Damen in den verschiedenen Städten Amerikas beim Küssen verhalten. In Boston sagen die Mädchen mit entrüsteter Miene: „Mein Herr, ich erkläre, daß die Freiheit, die Sie sich genommen haben, alle Grenzen der Schicklichkeit übersteigt. Ich —“ sie kann nicht ausreden, weil ihr „Charley“ den Mund mit einem anderen Kusse stopft, ohne daß sie sich weiter dagegen sträubt. In Newyork heißt es: „In der That, Mr. Brown, Ihr Benehmen ist etwas vertraulich, um nicht zu sagen aufdringlich. Ich hätte beinahe Lust, Sie zu fragen, wofür Sie mich halten!“ Brown erwidert, daß er sie für ein ganz nettes, süßes Ding halte, und wiederholt die Dosis. In Buffalo sagen die Mädchen mit decidirtem Ton: „Sie Schelm, Sie Dieb, geben Sie mir auf der Stelle zurück, was Sie gestohlen haben; ich möchte es um alle Welt nicht missen.“ Sie erhalten natürlich das Kapital nebst Zinsen zurück. Die junge Philadelphierin sagt: „Ah, mein Herr, Sie glauben wohl, da etwas recht Gefährliches gethan zu haben; es sollte Ihnen aber nicht geküßelt sein, wenn ich die Augen offen gehabt hätte.“ Natürlich hat sie bei solchen Gelegenheiten die Augen nie offen. In Chicago heißt es: „Ahun Sie das noch einmal, wenn Sie es wagen!“ — und Fred wagt es wirklich, ohne irgend welchen Schaden zu erleiden. Die Cincinnatierin meint: „Mein Herr, ich bemerke Ihnen ein für allemal, daß das hier nicht so geht, wie in Newyork. Sie —“ es wird ihr der Beweis geliefert, daß es genau ebensofug geht. In Louisville heißt es: „Aber — na, wenn Sie noch mehr von der Sorte wollen, helfen Sie sich. Wenn Sie's aushalten können, fann ich's auch.“ Die St. Louiserin endlich sagt: „Ah, lassen Sie mich mit dem Unfuss in Ruhe. Sie sollten sich schämen. Ahun Sie das nicht zum zweitenmale.“ Und dabei biegt sie das Köpfchen herum und die Lippen winkeln so verführerisch, daß Bob es in der That zum zweiten und drittenmale thut.

Telegramm.

Paris, 5. Dezember. Die „Patrie“ sagt, die drei Großmächte machen die definitive Annahme der Konferenz von Thiers' verlangen die Erklärungen abhängig. Rußland wünsche vor der Zustimmung die Haltung des italienischen Parlaments zu kennen.

Angelommene Fremde

vom 5. Dezember.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Wahlburg aus Bromberg, Steinert aus Königsberg und Falter aus Elberfeld, Ingenieur Munow aus Waige, Domänenpächter Remanowski aus Wirsitz, Kandidat Reibeln aus Perleberg, Maler Scholz aus Waldenburg.

SCHWARZER ADLER. Delonow Subinski aus Radziewo, Gutsdächter Bode aus Polowice, Gutsbesitzer Rechner aus Sarbinowo.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Senic aus Rostow, Frau Hoffmeyer aus Dorf Schwesenz, Frau Morgenstern aus Kijewo und Klug aus Radowice, Brennereiverwalter Koch aus Sedzin, Fabrikant Barisch aus Freiburg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Frau v. Majewski aus Lajski, Frau v. Majewski aus Chodaje, Frau v. Wluciska aus Konopaj, v. Obrapolski aus Slupia und v. Prusinski aus Scrbia.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Wirthschafts-Inspetoren Tönert aus Sedzin und Klein aus Slupia, die Kaufleute Laszki aus Kalisch, Schenckler aus Breslau, Frau Kog, Frau Salomon und Schwerinski aus Janowitz und Simonsohn aus Birnbaum.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Sommerfeld aus Nelsa, Frau Marcus aus Slupce und Sukmann aus Dobrzyca, Gutsbesitzer Jordan aus Trzebin.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Gräfin Grabowska aus Grylewo, v. Brzeza aus Witakowice, Delhaes nebst Frau aus Swieczyn, v. Jagow aus Solorowo und v. Gorenski aus Smielowo, die Kaufleute Kapfer aus Lohoten, Hippel, Steinig und Wertheim aus Berlin, Mäge aus Kassel, Ebmeyer aus Bielefeld und Martin aus Leipzig.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Groß aus Lüdenscheid, Friedemann und Sternberg aus Berlin und Lindner aus Dresden, Buchdrucker Köster aus Peitz, Rittergutsbesitzer Herrmann aus Sotolitz, Maurermeister Stammer nebst Frau aus Strzelno.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Fürst Roman Czartoryski aus Radziewo und v. Masierowski aus Delsowice, Generalbevollm. v. Schmidt aus Grylewo, Bürger v. Beyer aus Warchau.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer Graf Winski aus Cymachowo und v. Sitoriski aus Polen, Advokat Graf v. Potinski aus Walszewo.

HOTEL DE PARIS. Hauslehrer Paschke aus Polen, Gutsbesitzer Budzynski aus Kierka, Bevollmächtigter Wegner aus Wiloslaw, Frau Engel aus Breslau.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Bychinski aus Ujatzewo, Karonicki aus Ryk, Scjanicki aus Lajsczyn, Dr. Szumann aus Wladyslawowo, Graf Kwiecki aus Kwiecz und Trojacti aus Krakau.

(Beilage.)

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Sch. beabsichtige meine hieselbst belegene, frühere **Teske'sche Färberei**, vom 15. April 1868 ab anderweitig zu verpachten.
Briefliche Anfragen werden franco erbeten:
Aug. Heyer in Samoczym.
3950 Thlr. werden auf ein Gut nach 12,000 Thlr. Landschaft (1857 genommen) gefacht. Adressen sub **E. 22.**
33. poste restante **Breschen** erbeten.

Drainröhren in verschiedenen Dimensionen und frisch gebrannte **Hohlziegel** bei

A. Krzyżanowski.

Dienstag den 10. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr sollen in den **Kur- niker Forsten** (Kewier Miezowo) **100 Stück Eichen, Birken und Kiefern** meistbietend verkauft werden.

Es wird bemerkt, daß die Licitation im Forsthaufe stattfindet und wird das geehrte Publikum ersucht, vor Beginn derselben die betreffenden Bau- und Huthölzer in Augenschein zu nehmen.
Die Forstverwaltung.

Bockverkauf.
Original-Negretti-Widder direct von der berühmten Herde des Herrn Kammerherrn **v. Meyen** auf **Gresse** in **Medlenburg** in Depot hieselbst offerirt zu zeitgemäßen Preisen. Schurgewicht bis 10 Pfd.
Gabel, Kr. Guhran, Bahnst. Wojanowo, Fuhland.

In **Winnagóra** auf **Mi- loslaw** stehen vier Jagdspferde, Vollblut, zwischen vier und acht Jahr alt, zum Verkauf. Preis: von 50 bis 85 Friedrichsdor; außerdem 16 Ackerpferde von 25 bis 50 Thaler.

Rigaer Hanfdrillich-Säcke
(à 12 wedro = 2½ Scheffel pr.)
— ihrer Haltbarkeit wegen besonders zu empfehlen — sind eingetroffen und offerirt die- selben billigt

S. Kantorowicz, Markt 65.

(Leinen- und Teppich-Lager, Wäsche-Fabrik).

Weihnachts-Ausverkauf!

Einen großen Theil meines vorjährigen Lagers werde ich von heute ab zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkaufen.

K. Zupański.**Als passende Weihnachtsgeschenke**

sind die so sehr beliebten **Pfeifentöpfe, Cigarrenpfeifen und Cigarrenspitzen** aus **Plastisch-poröser Kohle** sehr zu empfehlen.

Dieselben können den feinsten Meerschaumpfeifen in Hinsicht der Eleganz gleichgestellt werden, sind jedoch bedeutend billiger und verbinden dabei noch den Zweck, daß sie die übel- schmeckenden und giftigen Bestandtheile des Tabaks absorbiren.

Fabrik von **Louis Gloske in Sassen-Rassel.** Lager dieser Artikel hält stets in **Güttler in Posen, Breslauerstraße 20.**

Ich zeige einem hohen Adel und geehr- ten Publikum ganz ergebenst an, daß ich vom heutigen Tage eine große **Weihnachts-Ausstellung** von verschiedenen **Korbwaaren** eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch. **L. Krause,** Korbmachermstr., gr. Gerberstr. 38.



Ein gebrauchter Verdeckwagen, sehr gut erhalten, steht billig zu verkaufen auf dem Dominium **Storchneß** bei **Poln. Lissa.**



Ein vollständiger, gut erhaltener **Damen- fattel** ist für den festen Preis von 20 Thlr. zu verkaufen **Mühlenstr. 16.,** auf dem Hofe beim **Sergeanten Niepelt.**

Bunte und weiße Stearin-, Paraffin-, Wachs- Baumlchte und Wachsstöcke

empfehlen in verschiedenen Größen

Adolph Asch, Schloßstraße 5.**Gebrüder Miethe aus Potsdam,**

Chokoladen-, Confituren- und Honigkuchen-Fabrik.
Empfehlen ihr reichhaltiges wohlaffinirtes Lager in **Weihnachts-Artikeln**, wie **Schaum- zeng, Baumkuchen, Pfefferkuchen, Pfeffernüsse** etc., ferner **französische Confituren** und **Chokoladen**, **französische Viqueure** und **Früchte**, alles vorzüglich von Qualität.

Niederlage in Posen: Sapiehaplatz 1.

Große neue **türkische Pflaumen** empfiehlt das Pfund à 3 Sgr.

Isidor Busch,

Sapiehaplatz 2.

Frischen See- dorsch empfing
A. Cichowicz.

Leb. Hechte u. Sand. Donnerst. Ab. 6. Klettschiff.

Frischen großen Seehecht empfangen

W. F. Meyer & Co.

Wilhelmsplatz 2.

Beachtenswerth!

Unterzeichneter besitzt ein vortreffliches Mittel gegen nächtliches Bettwässen, so wie gegen Schwächezustände der Harnblase und Geschlechts- Organe.

Spezialarzt **Dr. Kirchhoffer** in **Kappel bei St. Gallen** (Schweiz).

A. Krzyżanowski.

Rittergut Saatel**Neu-Vorpommern.****Auktion**über **100 zweijähr. Merino-****Kammwoll-Böcke in der Voll-****blut-Stamm-Heerde**am **22. Januar,****12 Uhr Mittags.**

Abstammungs- und Bonitirungs-Verzeich-

niss auf Verlangen übersandt.

Nächste Eisenbahnstation:

Stralsund (3 Meilen).

Nächste Personenpoststation:

Löbnitz (½ Meile).

Briefpoststation:

Barth.Zwei **Arbeitspferde** mit Geschirr, sowieein **Ackerwagen** sind billig zu verkaufen in**Urbanowo** bei**Weszyk.****21 Stück schweres Mastvieh**

(Ochsen und Kühe), stehen zum Verkauf

auf dem Dom. **Gr. Rybno** bei**Risikowo**

Mein Grundstück in der Kreisstadt **But** sub Nr. 39. bin ich Willens sofort aus freier Hand zu verkaufen. Dasselbe enthält: ein Wohnhaus — in welchem viele Jahre Schankgewerbe und Kaufmannsgeschäft betrieben wurde, im besten Zustande, mit 2 Verkaufsläden, 7 Stuben, Küche und Keller, in der Posener Straße — ein neues Hinterhaus mit 3 Stuben und Küche in der Pfarrstraße, in der Nähe der Pfarrkirche belegen, neue Stallungen, Wagenschuppen und geräumigen Hofraum, und ist zur Gast- und Schankwirtschaft geeignet. Nähere Auskunft erteilt die unterzeichnete Eigenthümerin, auch der Kommissionsär **Streit** in **But.**
Malgorzata Zielonacka.

Su der am **11. d. Mts.**

beginnender Ziehung der von der königl. preuß. Regierung genehmigten **Frankfurter Stadt-** lotterie empfiehlt **Loose: 1/13 Sgr., 1/4 26 Sgr., 1/13 3 1/2 Thlr.**

Frankfurter Aufträge werden gegen Einsendung des Betrages oder durch Entnahme von Post- vorschuß prompt besorgt.

J. Munk, Hauptkollektur, **Berlin, Neue Friedrichstraße 31.**

Frankfurter Lotterie.Ziehung den **11. und 12. Dezember 1867.**

Originalloose 1. Klasse à Thlr. 3 13 Sgr. Ge-

theilte im Verhältnis gegen Postvorschuß zu be-

ziehen durch **J. G. Kaemel,**Haupt-Kollektur in **Frankfurt a. M.****Frankfurter Lotterie.****Fl. 200,000.**

1. Ziehung

11. u. 12. De-

zember. Ganze

Loose à Thlr. 3.

sowie

Loose auf alle 6 Klassen: ganze Loose à Thlr. 51. 13; 1/2 à Thlr. 25. 22; 1/4 à Thlr. 12. 26;

1/8 à Thlr. 6. 13. sind bei dem Unterzeichneten

gegen Einsendung des Betrages, oder nach Be-

stellung gegen Postnachnahme, zu beziehen.

J. M. Rhein in **Frankfurt a. M.****Pr. Loose**

empfehle ohne Preis-Erhöhung. Auf

Wunsch Kredit. Briefe gegenständig franko.

Sal. Oppenheimin **Hamburg.****Wilhelmsplatz 12.**ist nur noch ein **Laden** mit elegantem Schau-fenster, welcher von dem ehemals **Hochschen****Restaurations-Lokal** abgetrennt wird, sofort zu

vermietten. Näheres beim Eigenthümer.

Eine freundliche Wohnung, bestehend aus 2

Stuben, Küche mit englischem Herd und Wa-

ferleitung, ist Unzugs halber vom 1. Januar

ab billig zu vermieten

Schuhmacherstraße Nr. 12., 3. Etage.

Ein möblirtes Zimmer ist sofort zu beziehen

Kanonienplatz Nr. 10.

Ein möbl. Zimmer in Bett, auch Burschengel.

zu verm. **St. Adalbert 41/42, drei Treppen links.****Breitestraße 12.**

ist eine kleine Wohnung wie auch eine große

Remise zu vermieten.

St. Martin Nr. 23., 3. Etage, ist vom

1. Januar ein möbl. Zimmer zu vermieten.

Bronkerstr. 10. 1. Et. i. e. fein tap. 3. m. j. verm.**Füchtige Mühlenbauer**

können sich melden in der Expedition

dieser Zeitung.

Wir fügen zum 1. Januar einen Destillateur

oder Materialisten, der das Reifegegesch zu be-

sorgen hätte. Bei Meldungen sind Adressen bei-

zufügen. **Gebrüder Reimer,****Schrimm.****Offene Stelle.**

Ein befähigter junger Mann mit gleich-

zeitig **musikalischen Kenntnissen**findet **sofort** bei mir Stellung.**Louis Falk.**

Ein gebildetes Mädchen, mit der

Landwirthschaft vertraut, findet zur

Stütze der Hausfrau auf der Ober-

försterei **Bolewice** bei **Neustadt**b. **P.** Stellung.

In der königlichen Gärtnerei-Lehranstalt zu

Koźmin können noch 2 Böglinge angenommen

werden.

Die Bedingungen sind im hiesigen Landraths-

Amte, sowie beim Seminar-Direktor, Herrn

Stoll zu **Koźmin**, einzusehen.**Das Kuratorium.**

Ein mit guten Beugnissen versehener deutscher

Diener findet vom 1. Januar 1868 ab einUnterkommen als solcher auf dem Dom. **Go-****warzewo** bei **Schwerzen.** Zur selben Zeitfindet daselbst auch ein **Reitschut** (am lieb-

sten Kavallerist) Dienst.

Ein gewandter herrschaftlicher Diener wird

zu **Neufahr** gesucht. Nähere Auskunft erteilt**Swarzenski.** **Posen, Büttelstr. 21.****Gute Belohnung**

demjenigen, welcher einen neußilbernen Wa-

gengriß gefunden und solchen abgibt **Kö-****nigsstraße 16.**

Ein ganz kleiner brauner Affenpinscher

mit rothledern Halsbändchen, woran Klingeln,

ist **Wittwoch** Mittag auf dem **Wilhelmspl.** ver-

loren gegangen. Der Finder wird gebeten, den-

selben für gute Belohnung **Königsstr. 19.,** zwei

Treppen rechts, abzugeben.

So eben ist erschienen und durch jede Buchhandlung und königl. Postanstalt zu beziehen, in **Posen** durch **Ernst Rehfeld,** Wilhelmsplatz 1.:
Eisenbahn-, Post- und Dampfschiff-Courbuch.
Nr. 8. 1867.

Bearbeitet nach den Materialien des königl. Post-Cours-Bureaus in Berlin. **31½ Bogen, 8. Mit einer neuen grossen Uebersichtskarte der Eisenbahnen und der bedeutendsten Post- und Dampf-schiffverbindungen in Europa.** geh. Preis 15 Sgr.

(Inserate jeder Art werden darin angenommen, Tarif befindet sich zu Anfang der An- zeigen.)
Berlin, December 1867. Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker).

Saison-Spiele 1867.**Ernst Rehfelds**

Buchhandlung, Wilhelmspl. 1.

Vorräthig in

(Hôtel de Rome):

Storch-Mops-Frosch-Spiel.**Die Wolksschlucht.****Irrefahrten des Odysseus.****Napoleon auf der Retirade.****Rothkäppchen und Sneewittchen.****Sans im Glück.****Stepphen, der Paffikus.****Reineke, der Fuchs.****Sonne, Mond und Sterne.****Peter in der Fremde.**

Preis 15 Sgr. Pracht-Ausgabe 1 Thlr. 10 Sgr.

Verlag der **Platnschen Buchhandlung** (Henri Sauvage), Dägerstraße 38.

Der **Kalender des Lahrer hinfenden Boten** für 1868, 11 Bogen, Preis nur 4 Sgr. mit einer **Prämien-Vertheilung** von baaren 250 Thlr. ist stets vorräthig bei **E. Rehfeld, J. J. Heine, J. Solowies, M. Leitzger, J. Lissner, B. Rehr, L. Türk.**

Goethe's Faust,
2 Theile,
durchaus vollständig!
für **4 Sgr.**
bei **Louis Türk,**
Wilhelmsplatz 4.

Männer- Turn-Verein.
Am Sonnabend den 7. Dezember Abends 8 Uhr im **Deum** Feiern des Stiftungsfestes durch
Gesang, Schauturnen, gemeinschaftliches Abendbrot u. zum Schluß: Tanzfränzchen. Die Mitglieder werden mit dem Bemerken eingeladen, daß die Einführung von Nichtmit- gliedern gestattet ist.
Der Vorstand.

Soeben erscheint und bei **J. J. Heine**in **Posen** zu haben:**Robert Wittmanns****Methodische Unterrichtsbriele**für das **Pianoforte**

in progressiver Folge bis zur vollkommensten

Corretheit, Technik und Nuancirung

nach den

Grundsätzen der grössten Meister arrang.

1—12 Brief. à Preis 5 Ngr.

Lehrer und Schüler erhalten hierdurch

ein Lehrmittel in die Hand, wodurch sich in

Kürze die grössten Resultate leicht erzielen

lassen.

Bei **J. J. Heine** in **Posen,****Markt 35.,** traf wiederum ein:**Clemens, Fr. Jesus, der Naza-****rener.** Des Weisesten der Weisen Leben,

Lehre und Ende. Preis 15 Sgr.

Bei **J. J. Heine** in **Posen,****Markt 35.,** ist vorräthig:**Lundberg, Alvar 1. Klasse, der****Rechtsverhandiger.** Ein Handbuch für

Jedermann zur eigenen Belehrung und

selbstständigen Bearbeitung gerichtlicher An-

gelegenheiten. 10. Auflage. Preis 25 Sgr.

Goethe's**sämmtl. Gedichte**

in eleg. Einband

für 10 Sgr. bei

Louis Türk, Wilhelmspl. 4.**Steffens****Folksskalender** für 1868,

mit Beiträgen der beliebtesten

Schriftsteller, 8 Stahlstichen

und 4 Holzschnitten ist für 12½ Sgr. in allen

Buchhandlungen vorräthig.

Am Freitag den 13. Dezember c. findet die

statutenmäßige General-Verammlung des Be-

amten- Spar- und Hilfs-Kassen- Vereins im

Lambertschen Saale von Abends 7½ Uhr

ab statt.

Gegenstände der Verhandlung sind:

1) Rechenschaftsbericht;

2) Decharge der Rechnung pro 1866/67;

3) Wahl eines neuen Vorstandsmitgliedes;

4) Wahl der Revisoren für die Rechnung

pro 1866/67.

Die geehrten Mitglieder des Vereins werden

hierzu ergebenst eingeladen.

Der Vorstand.**Hildebrand's Sommertheater**

gut geheizt und brillant decorirt.

L. Broekmann's Cirque Quadrumane.

Heute Freitag, den 6. Dezember: Große Vorstellung Abends 7 Uhr.

Kassenöffnung 6 Uhr. Täglich Vorstellung Abends 7 Uhr. Sonntags zwei

Vorstellungen, um 4 und 7 Uhr. Billets sind vorher zu haben im Theater und

beim Portier des **Hôtel de Rome.**
L. Broekmann.**Gesellschafts-Garten.**

Heute und die folgenden Tage Gesangsvor-

träge der Sängergesellschaft **Blumenthal.****E. Fehrle.****Familien-Nachrichten.**Die Verlobung unserer Tochter **Dorothea**mit dem Kaufmann Herrn **Israel Neumark**

hier beehren wir uns Verwandten und Freun-

den statt besonderer Meldung anzuzeigen.

Posen

